

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Nachvorschriften ausgeschlossen. • Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorlastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: **WV** Bochum.

Abwehr der Katastrophe!

Zweidreiviertel Millionen Arbeitslose! Ueber eine Milliarde Mark Defizit, von der dreiviertel Milliarde durch die Notverordnungen hereingebracht werden soll. Dies Defizit wird bis zum Winter gemaltig steigen! Soll es wieder durch weiteren Abbau der Sozialfürsorge oder nach neuer Reichstagsauflösung mit § 48 beseitigt werden?

Wohin die Entwicklung geht, woher die Gefahr droht, hat niemand anders als Stegerwald zum Ausdruck gebracht, als er im „Deutschen“ vom 18. Dezember 1927 schrieb:

„Heute kann mit voller Klarheit beobachtet werden, daß, je weiter wir uns von der Revolution entfernen, desto lecher und frecher die Reaktion hervortritt. Staatsverwaltung und Justiz sind noch gar nicht darauf eingerichtet, daß etwas Neues werden soll. Beide bilden, im ganzen gesehen, noch viel mehr rückwärts. Schon bei der großen Koalition befinden sich in der Demokratischen Partei, in der Volkspartei und auch im Zentrum starke Kräfte, die rückwärts drängen statt vorwärts zu treiben. Bei einer Rechtskoalition vollends sind die Kräfte, die vorwärts treiben, in einer verschwindenden Minderheit.“

Wie recht Stegerwald mit diesen Worten hatte, zeigt die Entwicklung der letzten Zeit. Der Rechtsblock ist da! Die Minderheit, die vorwärts treibt, ist in diesem Block nicht nur in verschwindender Minderheit, sondern ihr ist auch der Mund verbunden! Noch mehr: Ihr ist der Mund verbunden für die Kritik an der Sozialreaktion, aber darüber hinaus muß sie aus Parteidisziplin für diese Sozialreaktion reden und schreien, muß ihre volksverderbenden Maßnahmen mit allen Mitteln verteidigen.

Neben dieser Sozialreaktion wird eine Zollpolitik getrieben, die den von den Sozialdemokraten erreichten Konsumentschutz abbaut und weitere Verteuerung der Lebenshaltung in sichere Aussicht stellt. Was soll demgegenüber das Gerede vom Preisabbau, dem stärker noch der Wille der Unternehmer zum Lohnabbau an die Seite tritt?

Der Ausfall an Kaufkraft durch die Arbeitslosigkeit wird vom Institut für Konjunkturforschung statistisch erfasst. Danach beträgt der

Lohnausfall durch Arbeitslosigkeit:

1927	2 526 000 000 M.
1928	2 680 000 000 M.
1929	3 820 000 000 M.
1930 (1. Halbjahr)	2 050 000 000 M.

Wenn man von diesen ungeheuerlichen Ziffern die gezahlten Unterstüßungen abzieht, so bleiben (für 1927 liegen keine vollständigen Zahlen vor):

1928	1 600 000 000 M.
1929	2 370 000 000 M.
1930 (1. Halbjahr)	1 850 000 000 M.

Das sind wahrhaft erschreckende Zahlen! Sie bedeuten eine Summe von Elend und Not für Millionen arbeitswilliger Menschen! Sie bedeuten auch weitere Verelendung von Mittelschichten. Daß man dieser Entwicklung nicht mit einem Zaubertrick begegnen kann, liegt auf der Hand. Aber alle denkbaren vernünftigen Mittel sollten angewandt werden, diesem Elend zu begegnen. Wir sagen: Preisabbau; die Unternehmer: Lohnabbau; Stegerwald sucht Lohn- und Preisabbau nach Denkhäuser Art zu verquicken.

Interessant ist, daß ein Mann vom Fach, Dr. Rüstow vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten, im „Volkswirt“ (Nr. 41) schreibt:

„Es sprechen also alle Anzeichen dagegen, daß unser allgemeiner Warenpreisstand gegenüber dem Ausland überhöht wäre, und damit entfällt dieser Grund zu seiner Senkung.“

Um so notwendiger ist eine Preissenkung für Inlandswaren! Sie kann aber praktisch gar nicht oder nicht in der Hauptsache durch Lohnsenkung erfolgen. Es müßte eine praktisch gar nicht denkbare Lohnermäßigung erfolgen, um durch sie zu einer nennenswerten Preisermäßigung zu kommen. Im Ruhrkohlenbergbau betrug nach Schmalenbach 1927 der Lohnanteil 7,18 M. bei 13,64 M. Selbstkosten, im Mai d. J. betrug der Lohnanteil 6,75 M. Das sind etwa 50 Prozent der Selbstkosten.

Nach den Zahlen des Instituts für Konjunkturforschung haben nur wenige Industrien ähnlich hohe Lohnkosten, so die Kleinereisenindustrie 50—55 Prozent, Porzellanindustrie 45—50 Prozent, Elektrotechnik 35—40 Prozent, Maschinenbau 25—35 Prozent. In einer Reihe von Industrien liegen die Lohnkosten sehr niedrig: Braunkohlenbrikettfabriken 15 Prozent, Textilindustrie 12—17 Prozent, Chemische Industrie 10 Prozent, Walzwerke 13 Prozent, Lederindustrie 10 Prozent, Steinkohlenfokerei 10 Prozent. Eine Preissenkung um 10 Prozent auf Kosten der Löhne bedingte einen Lohnabbau um rund 20 Prozent im Bergbau, in der Eisenindustrie usw. In den Industrien mit

niedrigem Lohnanteil müßten es 30, 50 und mehr Prozent sein. Daß so etwas unmöglich ist, liegt auf der Hand.

Lohnabbau wäre nur zu ertragen, wenn mindestens Preissenkung für den notwendigen Lebensunterhalt der breiten Massen in gleichem Ausmaß gegenüberstände. Von den Ausgaben in Arbeitnehmerfamilien entfallen aber mindestens 60 Prozent auf Ernährung, Wohnung, Versicherung, Steuern und Beiträge. Es bleiben höchstens 40 Prozent, die von einer Preissenkung für Industriewaren usw. beeinflusst werden können. Wie groß müßten diese Preissenkungen sein, um die Lebenshaltung zu beeinflussen, einen Ausgleich für Lohnsenkungen zu bieten und die alte Kaufkraft zu erhalten? Eine Senkung der Preise ist schon deshalb notwendig, um der gegenwärtigen und der drohenden Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken.

Was geschieht aber auf dem Gebiet des Preisabbaues? Einste weisen wir geredet. Duisberg verkündet: Preisabbau unmöglich. Senkung der Baustoffpreise wird abgelehnt, dafür aber (welcher Hohn!) Raumersparnis als Mittel zu billigerem Wohnungsbau empfohlen. Besonders bei Klein- und Kleinstwohnungen soll an Korridoren usw. gespart werden, Badeeinrichtungen sollen weggelassen!

Das von der Reichsregierung erbetene Gutachten über die Möglichkeit von Preissenkungen ist erstattet. Es wird noch ausführlicher darauf zurückzukommen sein. Bei den Beratungen ergaben sich selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten. In der Hauptsache ist aber das Gutachten positiv.

Bei der gegenwärtigen Notlage der deutschen Wirtschaft, so heißt es in dem Gutachten, sei es grundsätzlich notwendig, auf jede wirtschaftlich mögliche Senkung der Preise hinzuwirken. Der Anteil der Waren mit kartellmäßig gebundenen Preisen werde von Regierungstellen für das Jahr 1929 auf 15 von 30 bis 60 Millionen Mark Industrieumsatz geschätzt, also auf 25 bis 30 Prozent des deutschen Industrieumsatzes überhaupt. Jedenfalls seien die kartellmäßigen Preisbindungen von erheblicher Bedeutung für die Gesamtpreislage, zumal solche Preisbindungen gerade bei sehr wichtigen Rohstoff- und Halbfertigwaren vorliegen. Einmütig war der Reichswirtschaftsrat der Meinung, daß eine allgemeine und plötzliche Beseitigung aller Preisbindungen erhebliche Verschärfungen der ge-

genwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten herbeiführen werde. Wenn aber auch eine durchgängige Aufhebung der Kartellpreise, d. h. letztlich ein Verbot der Kartelle, nicht empfohlen werden könne, so sei es doch erwünscht, die Bindungen in einzelnen Fällen, wo unangemessen hohe Preise oder Preispannen vorliegen, nötigenfalls durch Anwendung der Regierungsvollmachten zu beseitigen.

Mit der Kartellnotverordnung ließe sich, etwa in der Hand eines klugen, rücksichtslosen sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers, sehr viel machen. Aber wer glaubt denn, daß dies unter der von der Volks- und Wirtschaftspartei abhängigen Regierung Brüning geschehen wird?

Ueber eine Milliarde Mark Defizit war Ende Juli in der Reichskasse vorhanden. Die Notverordnungen sollen bringen:

Beitragserrhöhung und „Reform“ der Arbeitslosenversicherung	269 000 000 M.
Reichshilfe, Einkommensteuerzuschlag, Ledigensteuer	274 000 000 M.
Bekürzung der Fristen bei der Tabaksteuer	48 000 000 M.
Ersparungen im Etat	134 000 000 M.
Berringerung der Fehlbeträge 1929	35 000 000 M.

Zusammen also 760 000 000 M.

Am 1. August betrug aber der Fehlbetrag schon über eine Milliarde Mark, im Winter werden es bei 3,5 Millionen Arbeitslosen an zwei Milliarden sein!

Kann man daran denken, solcher Katastrophe gegenüber einen nicht brüningfrommen Reichstag erneut aufzulösen, wie es der Jesuitenpater Muckermann, wie Treviranus es androhte? Will man dieser Katastrophe auch mit Artikel 48 begegnen? Solche Katastrophepolitik könnte Unheil herausbeschwören, wie wir es seit der Staatsumwälzung nicht hatten!

Deshalb ist es notwendig, daß jeder Mann wie jede Frau in den wenigen Wochen bis zur Wahl alles Agitationsmaterial, das die Arbeiterpresse, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei liefern, an die Masse der Indifferenten, der Gleichgültigen durch persönliche Arbeit heranbringt!

Täuschen wir uns nicht: es geht bei dieser Wahl um alles, um Demokratie oder Diktatur, um Aufstieg oder weiteren erschreckenden Niedergang der Arbeiterklasse! Da kann nur energische Arbeit für die Sozialdemokratie dem Schlimmsten vorbeugen!

Warum so zaghaft?

Findet den Weg wie Erkelenz!

Wir lesen im Organ der Hirsch-Dunderschen Bergarbeiter:

„Es ist die höchste Zeit!“

Die soziale Reaktion streift ihre Fangarme aus, um der Arbeiterchaft das Leben noch bitterer zu gestalten, als es schon ist. Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete zeigt sich die reaktionäre Einstellung der Unternehmer, sondern auch auf sozialem. Durch Entlassungen, Stilllegungen, Feierschichten will man die Arbeiter gefügig machen, man will sie mit der Hungerpeitsche zwingen, zu jedem Preis und zu jeder Bedingung sich in das Arbeitsjoch einspannen zu lassen. Daneben will man ihm sozialpolitische Rechte streitig machen. Die jetzigen Notverordnungen zeigen schon, wohin der Weg geht.

Diesem einmütigen Willen der Unternehmer muß ein „halt“ entgegengesetzt werden! Es darf von der Arbeiterchaft nicht verabsäumt werden, hierzu den richtigen Augenblick zu wählen. Es ist die höchste Zeit dazu!

In der ganzen Zeitung finden wir kein Wort, das offen Stellung zur Reichstagswahl nähme. Wir begreifen, daß eine solche Stellungnahme nicht leicht ist. Eine Menge Mitglieder, die seit langem bei dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein organisiert sind, wählen sozialdemokratisch. Viele andere haben demokratisch gewählt und stehen nun vor der Frage, ob sie sich der neuen Staatspartei anschließen sollen, in der Demokraten, Jungdo und einige linke Volksparteiler gesammelt werden sollen.

Der Selbstmord der Demokraten, die Vereinigung mit Jungdo, bedeutet einen Rück nach rechts. Mahraun, der neue Führer der Staatspartei, sagt in einem Aufruf: „An uns wird es in erster Linie liegen, die Front nach rechts zu erweitern.“ Sollte es wirklich noch Hirsch-Dundersche geben, die schwanken, wohin sie gehören, so sollten unsere Kameraden ihnen vorhalten, was Anton Erkelenz, der langjährige Führer der Hirsch-Dunderschen, zur Begründung seines Uebertritts zur Sozialdemokratie schreibt. Er antwortet auf die Bemerkung einer demokratischen Korrespondenz, daß sein Uebertritt „unverständlich“ sei. Wir entnehmen dieser Antwort die folgenden Stellen:

„Die Demokraten betrachten sich vielfach als Hüter des Privatkapitalismus, des Privateigentums, der Privatwirtschaft. Nach verbreiteter Auffassung ist das alles das Gegenteil des

Sozialismus, den die Sozialdemokratie erstrebt. Aber die Dynamik des Lebens läßt sich schon seit einem halben Jahrhundert nicht mehr so ohne weiteres in diese Begriffe einspannen. Vielleicht ist der rechte Flügel der bisherigen Demokratischen Partei, etwa der Hansabundflügel, wenigstens theoretisch noch Anhänger dieser Ueberreste der manchesterlichen Auffassungen. Aber selbst diese Kreise haben sich seit 1918 schon manche „sozialistischen“ Maßnahmen gern gefallen lassen, wenn sie ihnen nützen. Sie haben manchmal Bate gestanden, wenn Verluste, Bankrotte „sozialisiert“, d. h. auf Staatskosten, auf Kosten der Allgemeinheit Irrtümer der Privatwirtschaft korrigiert wurden. Und ihre Bundesgenossen vom Land und bemühen sich so stark um den Sozialismus der „Offhilfe“, der Schutzpolitik, der Subventionen aller Art, daß ihnen die reine Privatwirtschaft ganz nebensächlich erscheint. Für eine konsequente Privatwirtschaft, die stolz und selbstbewußt auf sich selbst steht, ließe sich manches sagen. Die Privatwirtschaft von heute, die stets mit einem Auge nach der ihr nützlichen und dienlichen Staatshilfe schielt und sie auch gern nimmt, wenn sie unter dem dünnen Mäntelchen sozialer Fürsorge geleistet wird, hat kein Recht, sich als die allein gläubige Vertreterin der privaten Initiative und Selbstverantwortung der Unternehmer und Unternehmungen zu bezeichnen. Dem Wissenden nötig diese Konsequenzenreiterei nur ein Lächeln ab...“

Erkelenz erinnert an Naumann, der um 1910 herum in seinem Buche „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ schrieb:

„Sozialismus ist heute keine reine Gegenbewegung gegen die Gegenwartswirtschaft als solche mehr, sondern ein Kampf um Macht und Einfluß der Besitzlosen in dieser Wirtschaftswelt, die allseitig dem Ziele der Vereinheitlichung zustrebt... Sozialismus ist derselbe Vorgang im Kapitalismus wie Liberalismus im Staat... Kapitalismus ist die aristokratische Auffassung desselben Wirtschaftslebens, dessen demokratische Auffassung Sozialismus heißt.“

Erkelenz schreibt weiter: „Ob und inwieweit die nähere Zukunft der Wirtschaftsentwicklung kapitalistisch oder sozialistisch ist, entscheidet sich nicht nach den Wünschen der einzelnen oder der Parteien, sondern nach den Notwendigkeiten des dynamischen Lebens im Zeitalter des Spätkapitalismus. Diese drängen in aller Welt mehr zu

sozialistischen als zu kapitalistischen Lösungen, falls man den Gegenlag einmal in diese Worte fassen will.

So wirkt die gewaltige Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit tausendmal mehr im sozialistischen Sinne, als alle Agitation der sozialistischen Parteien es tun konnte.

Die Produktivkräfte der Welt, die Leistungen der Technik und der Techniker sind unvergleichlich viel größer als die Organisationskunst der Wirtschaftsführer und der Staatsmänner.

Wir haben Ueberfluß an Brot in der Welt und doch müssen Millionen Menschen hungern, Zehntausende verhungern.

In den großen Getreidefabriken des amerikanischen Westens, Kanadas, Argentiniens, kann man den Zentner Weizen für 8 Mark produzieren und liefern. Der deutsche Bauer verlangt 13 Mark, und kommt trotz schwerster Arbeit damit nicht aus... Das ist die Katastrophe der privaten Organisationskunst.

Erkelens verweist auf das Geschrei über den „Margismus“ und schreibt:

„Wie viele von den Menschen, die gegen den Margismus reden, haben jenes Mindestmaß von Kenntnis darüber, das man haben müßte, um mitreden zu dürfen? Obwohl ich vielleicht mehr darüber gelesen und gehört habe, als 25 Prozent derjenigen, die dagegen reden, traue ich mir nicht zu, ein endgültiges Urteil abzugeben. Ich halte mich zunächst mal an das, was die Männer, die im Margismus groß geworden sind, denken, reden und tun. Und da finde ich im praktischen Leben keinen unüberbrückbaren Gegenlag. Da habe ich mich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß mir zum Beispiel

die Politik des Herrn Brüning weltweit ferner lag oder liegt als das Wollen und Tun Eberts, Hermann Müllers, Löbes, Breilscheids, Landsbergs, Legiens, Bernsteins, Wels, Leipzigs und hunderte anderer.

Ob da irgendwo ganz im tiefsten Herzen schwere grundsätzliche Gegensätze schlummern, weiß ich nicht, aber sicher weiß ich, daß diese Gegensätze nicht größer sind als manche andere, die ich mit bisherigen Parteifreunden hatte, mit denen ich jahrelang gearbeitet habe. Ganz sicher weiß ich, daß die Gegensätze nicht so groß sind wie diejenigen, die gegen die Wiederkonfirmationen des deutschen Großgrundbesitzes, jenes Todfeindes aller deutschen Demokratie, durch Schiele-Brüning habe. Wenn ich einen Aufsatz lese, wie den des Belgiers Wandervelde in der neuesten Nummer der „Gesellschaft“, wenn ich Aufsätze Kenners, Hilferdings lese, dann finde ich ebenfalls keine unerträglichen Gegensätze. Und endlich: in Wirklichkeit handelt es sich um ganz andere Dinge. Es handelt sich, um mal kurz mit dem eben in dieser Stunde beerdigten Ludwig Haas zu reden,

um die Frage, ob die deutsche Republik eine plutokratische oder eine soziale sein wird.

Es handelt sich darum, ob der deutsche Grundbesitz mit seinen Anhängseln und Trabanten in Stadt und Land wieder die maßgebende Kraft der deutschen Republik wird. Es handelt sich darum, ob die Feinde des neuen Staates, die diesen stets verachtet haben und zerstückeln wollten, ihn jetzt — das ist der historische Sinn der Brüning-Politik — beherrschen sollen. Es handelt sich darum, ob den Arbeitnehmern, den Arbeitenden überhaupt, der endlich allzu spät errungene spärliche Einfluß auf Staat und Gesellschaft wieder genommen werden soll. Es handelt sich darum, zu verhüten, daß Militaristen und Gewaltpolitiker in Deutschland wieder ausschlaggebend werden.

Es handelt sich darum, den Arbeitnehmer, alle Arbeitenden zum Bürger, zum Vollbürger zu machen, und nicht den Ehrentitel „Bürger“ und „bürgerlich“ für eine Partei oder Geistesrichtung zu monopolisieren. Kurz gesagt:

Aus den Anfängen der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbewegung.

Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergehilfe Hödel, ein verkommener Mensch, in Berlin Unter den Linden einige Revolvergeschüsse ab, als gerade der Kaiser im offenen Wagen vorüberfuhr. Auf die erste Kunde von Hödels Revolvergeschüssen, die niemanden verletzt hatten, telegraphierte Bismarck umgehend von Friedrichruh nach Berlin: Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie! Am 1. Juni erging aus dem preußischen Ministerium des Innern ein Erlaß, worin hingewiesen wurde auf den Runderlaß vom 15. Juni 1876, der anordnete, daß den Ausschreitungen der Sozialdemokratie gegenüber die Vorschriften des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 „konsequent und mit allem Nachdruck“ in Anwendung zu bringen seien. Es hieß dann weiter:

„Zwischen haben die verderblichen Lehren und Tendenzen der Sozialdemokratie sich immer mehr verbreitet und sind jetzt in Kreise gedrungen, welche für dieselben unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation in der Presse, in Vereinen und in Versammlungen wird von Tag zu Tag heftiger und dreister und droht die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, die Liebe zu König und Vaterland und die Grundlage der Gesittung, die Religion, zu untergraben. Durch unablässige Angriffe auf die bestehende Eigentumsordnung, auf die Gesellschaft und die bestehenden Klassen werden die Rechtsbegriffe verwirrt, Unzufriedenheit und Beunruhigung in immer weitere Kreise getragen und eine gefährliche Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht am wenigsten zum Nachteil der arbeitenden Klassen, beeinträchtigt.“

Der Minister ersuchte die Regierungspräsidenten, die ihnen nachgeordneten Polizeibehörden mit entsprechenden Weisungen zu versehen, daß sie von den zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln „bis an die Grenzen des Zulässigen“ Gebrauch zu machen haben. Um aber die Sozialdemokratie wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, bedürfte es der Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Schluß ersuchte der Minister die Bezirksregierungen, ihm Bericht zu erstatten über die Ausführung dieses Erlasses sowie über den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung in den einzelnen Bezirken. Unterdes hatte der Entwurf eines Sozialistengesetzes die gesetzgebenden Körperschaften durchlaufen: im Bundesrat machte sich einiger Widerspruch bemerkbar, im Reichstage stimmten nur die beiden konservativen Parteien dafür. Am neunten Tage nach der Ablehnung reifte die Saat. Eine verlorene Existenz, diesmal aus den bestehenden Klassen, der Sohn eines Domänenpächters Nobiling, schloß aus einem Hause Unter den Linden auf den vorüberfahrenden Kaiser und verwundete ihn schwer. Die Nationalliberalen betamen es mit der Angst, sie fielen um und Bismarck hatte sein Sozialistengesetz. Am 21. Okt. 1878 trat es unter dem Namen „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft. In dem zusammenfassenden Bericht, den der Regierungs-

ich bin der Meinung, daß wir erst die äußere Form des neuen Volksstaates errungen haben, und daß jetzt erst der lange Kampf um den Inhalt dieser Form einsetzt.

Im Kampf um den inneren Wert, um die Seele des Volksstaates, fällt aber der Sozialdemokratie die entscheidende Führung zu. Sie hat die Monopolisierung der wirklich lebendigen Kräfte des Fortschritts und der Freiheit zu besorgen. Diese Aufgabe, dieser Kampf um die Macht liegt ihr als geschichtliche Notwendigkeit, als gewiß schwere historische Last ob. Wahrscheinlich wird es in der Sozialdemokratie viele geben, denen diese vom Schicksal ihnen zugewiesene Aufgabe gar nicht behagt, die rückwärts blicken nach der romantischen Vorkriegszeit, als man noch weniger mit Verantwortung belastet war und mehr der Reinheit der Lehre leben mußte. Auch für die Sozialdemokratie gilt, daß das Schwergewicht der Dinge stärker ist als die Lehre. In der Durchführung dieser Pflicht haben auch andere Parteien gewiß noch wichtige Aufgaben zu erfüllen. Das Zentrum wird dazu unentbehrlich sein. Die Staatspartei dient vielleicht als zeitweilige Brücke, um Menschen mit an diese Aufgabe heranzuführen, die jetzt noch nicht reif sind dafür. Auch das ist verdienstlich.

Über der entscheidende Impuls kommt nicht von da. Er muß von der mächtigen Partei der Freiheit ausgehen. Und deshalb bin ich dorthin gegangen, wo ich glaube, daß am meisten Arbeit für diese Aufgabe geleistet wer-

den muß und geleistet werden kann. Hunderttausende deutscher Bürger und Bürgerinnen, besonders aus der Bildungsschicht, stehen in oder vor derselben Entscheidung. Es gehört mit zur deutschen Tragödie, daß so viele von ihnen so langsam im Denken sind und alte, verfaulte und verfallene „bürgerliche“ Hürden nicht zu übersteigen wagen. Vor all diesen Barrieren habe ich dreißig Jahre lang selber gestanden. Fast habe ich die Hindernisse mit der Muttermilch eingesogen im niederrheinischen katholischen Handwerkerhaufe. Muß man mit fünfzig Jahren vor denselben Hindernissen stehen bleiben, vor denen man mit zwanzig Jahren stand? Ruft man allerwege nach Jugend, damit die älteren doch recht unbeweglich und vertaktet bleiben sollen?...

1930 sind andere Zeiten als 1860. Es ist nicht nötig, daß in der deutschen Politik alles so bleibt oder alles wieder so wird, wie es in dem Jahrzehnt zwischen 1860 und 1870 gewesen ist. Im Zeitalter der parlamentarischen Demokratie sind die Notwendigkeiten des Parteiwesens andere als 1871.

Es handelt sich darum, wer die Macht im Staate hat. Und jeder gehört, unbeschadet von Abweichungen im einzelnen, dahin, wo er für die Durchführung seiner Ideen am meisten Macht schaffen kann.

So schrieb, so handelt der alte Gewerkschaftsführer! Gehet hin und tuet desgleichen! Arbeitet mit

im Millionenheer der Sozialdemokraten!

Wahldemagogie.

Noch ein Nachwort zu Neurode. — Eine Verleumdung erledigt.

Auf der Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Aachen verbreitete ein Delegierter aus Neurode das Märchen, daß die für die verunglückten Opfer vom Kurtschacht in Hausdorf gesammelten Gelder zum Bau von sozialistischen Jugendheimen und für den Bau einer Kreis-Wasserleitung verwandt würden.

Die Zentrumsabgeordneten Steger, Harsch, Rürup und Effert haben daraufhin sofort eine Anfrage nachfolgenden Inhalts beim Preussischen Landtag eingereicht:

„In der Sitzung des Kreistages des Kreises Neurode vom 16. Juli 1930 hat der stellvertretende Landrat des Kreises Neurode angeregt, von den Geldern, die zur Unterstützung der Opfer des Grubenunglücks bzw. deren Hinterbliebenen aus örtlichen Mitteln nun bewilligt und von privater Seite gesammelt worden sind, teilweise zum Bau einer Kreis-Wasserleitung sowie für das Jugendheim Karlsberg und zum Ausbau eines Jugendheims in Hausdorf zu verwenden. Eine solche Verwendung dieser Gelder würde dem Willen der Instanzen, die die Gelder ausdrücklich für die Unterstützung der Opfer der Grubenkatastrophe und deren Hinterbliebenen bewilligt, sowie derjenigen, die die Gelder bei Sammlungen zu dem klar festgelegten Zweck hergegeben haben, direkt widersprechen. Wir fragen deshalb an: Ist die Staatsregierung bereit, den zuständigen Instanzen strengstens zur Pflicht zu machen, die fraglichen Gelder im Sinne der Geldgeber zu verwenden und nicht für Institutionen, die zum Teil ganz einseitig den Interessen einer politischen Partei dienen?“

Die Zentrumspresse fiel über diese Angelegenheit her wie ein hungriger Hund über einen Knochen. Da konnte man lesen:

„Der stellvertretende Landrat des Kreises Neurode ist Sozialdemokrat und hat sich, wie aus der Anfrage hervorgeht, bemüht, diejenigen Gelder, die aus allen Teilen Deutschlands für die Hinterbliebenen der Neuroder Katastrophe gespendet worden

sind, zum Teil für den Bau sozialdemokratischer Jugendheime usw. zu verwenden. Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, daß den Sozialdemokraten die Partei über alles geht, selbst dann, wenn es sich um Sammelgroschen für die Ärmsten der Armen handelt.“

Kreis-Wasserleitungen und Jugendheime pflegen gewöhnlich nichts mit einer politischen Partei zu tun zu haben. Aber wenn es gilt, der Sozialdemokratischen Partei eins auszuwichsen, scheint manchen Blättern jedes Mittel recht zu sein. Die Wahrheit geht aus folgenden Mitteilungen hervor:

In der Kreistagsitzung vom 16. Juli, auf welche sich die Anfrage bezieht, schlug der Landrat Dr. Middelhauffe vor, eine Sitzung der in Frage kommenden Vertreter der Spender mit Vertretern des an der Katastrophe beteiligten Wertes und Arbeitern unter Zuziehung der verschiedenen charitativen Vereinigungen zu veranstalten.

Diese Sitzung hat am 22. Juli im Landratsamt zu Neurode stattgefunden. Hierzu waren die verschiedensten Vertreter der Spender erschienen. Außerdem war die Presse anwesend, ein Vertreter des Bergamtes Waldenburg sowie eine Vertreterin des Regierungspräsidenten. In dieser Sitzung legte Dr. Middelhauffe den Zweck der Einberufung dar. Es sei die nächste Aufgabe, die vorhandenen Mittel zusammenzufassen, damit ungleiche Verteilungen nach Möglichkeit vermieden würden. Weiter sei es Aufgabe, der Gesundheit und Erziehung der verwaisten Kinder zu gedenken. Schließlich müsse auch darüber in Erörterungen eingetreten werden, ob es nicht angebracht sei, durch diesen Unglücksfall das gesamte Glensdgebiet des Neuroder Kreises mit zu erfassen. Hierbei müsse man auch daran denken, daß Kinderheime und andere Jugendfürsorgestätten geschaffen würden. Bei der sehr eingehenden und äußerst sachlich gehaltenen Aussprache wurde an-

präsident in Düsseldorf auf Grund der Einzelberichte seiner Oberbürgermeister und Landräte hergestellt und nach Berlin gerichtet hatte, befindet sich eine Stelle, die für die rheinisch-westfälische Bergarbeiterbewegung in und um Essen von besonderer Bedeutung ist. Es heißt da, daß die Sozialdemokratie dort in enger Beziehung stehe mit den Christlich-sozialen. Nach ihren Sägungen bezwecke diese Partei nur eine religiös-sittliche Hebung des Arbeiterstandes, der Lösung der sozialen Frage durch das Christentum, also auf friedlichem Wege. Aber, so heißt es dann weiter:

„Nach ihrem ganzen bisherigen Treiben und Verhalten hat sie in gleich gehässiger und frivoler Weise wie die Sozialdemokratie die Heteresen gegen die Besitzenden und den Klassenkampf geschürt und die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen überhaupt aufs schroffste angegriffen. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen und der Landrat des Kreises Essen bezeichnen übereinstimmend die christlich-soziale Arbeiterpartei als ebenso gefährlich wie die Sozialdemokraten und es sind viele Arbeitgeber derselben Ansicht. Da manche Arbeitgeber, darunter Krupp, dem Unternehmen nach ihren Arbeitern die Beteiligung an der christlich-sozialen Parteiunterstützung haben, so sind in Altendorf fast alle Arbeiter aus dem dortigen christlich-sozialen Verein ausgetreten. Bezeichnend ist, daß mit Bezug hierauf die Presse der Christlich-sozialen den Ausdruck der sozialdemokratischen Presse anwendet, daß ein durch die Hungerkoller erzwungenes Ehrenwort null und nichtig sei.“

Den Akten der Düsseldorfer Regierung liegt eine Nummer (170 vom 18. Juli 1878) des christlich-sozialen Blattes „Rheinisch-Westfälischer Volksfreund“ bei. Sie enthält einen Wahlauftrag an die katholischen Wähler in Stadt und Landkreis Essen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1887 war mit Hilfe der Sozialdemokratie der Bergmann Stöbel, der Kandidat der christlich-sozialen Arbeiter, gewählt worden gegen den Kandidaten des Zentrums. Dieser Reichstag war, als er den Sozialistengesetzentwurf ablehnte, ein Jahr darauf nach Hause geschickt worden, und jetzt standen sich der Arbeiter Stöbel und Krupp, der Industriegewaltige, einander im Wahlkampf gegenüber. Der christlich-soziale Wahlauftrag versicherte gegenüber den Ausstreunungen von liberaler Seite, daß Stöbel Sozialdemokrat sei, Sozialismus und Katholizismus ständen sich einander wie Feuer und Wasser; Herr Stöbel habe immer die Sozialdemokratie bekämpft und werde sie weiter bekämpfen. In der Hauptsache richtet sich der Wahlauftrag gegen den Liberalismus, von dem es heißt:

„Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß ein Ziel gesetzt werde diesem parlamentarischen Einfluß des Liberalismus, der durch seine ganz falschen politischen Grundzüge und durch seine Feindschaft gegen die Kirche die Grundfesten des Staates erschüttert und der Sozialdemokratie die Wege bahnt. Wir sind in unserem Gewissen verpflichtet, diesem Verderben, das uns allen droht, dadurch entgegenzutreten, daß wir, gestützt auf die bewährten christlichen Grundzüge des

Zentrums, unseren seitherigen Abgeordneten einstimmig mit überwältigender Mehrheit wiedewählen.“

Wiel kräftiger schallt es aus einem Artikel mit der Ueberschrift: „Hütet euch vor den Liberalen!“ Da wird gesagt, der Charakter des Liberalismus sei die Charakterlosigkeit; er denke über ein und dieselbe Sache und unter denselben Verhältnissen heute so und morgen anders, je nachdem es in seinen Kram passe. Mit der Gewandtheit eines wohl-dressierten Affenpinschers springe er auf Kommando über den vorgehaltenen Stöß, rückwärts und vorwärts. Die Bildung des Liberalismus sei Afterbildung und seine Freiheit Unterdrückung; seine Praxis in den von ihm beherrschten Parlamenten sei Verdächtigung des politischen Gegners, Verleumdung seiner Absichten und Ziele, Beschimpfung seiner heiligsten Interessen und Ueberzeugungen, und dann: Wortabschneiden und Ueberstimmen. Recht sei bei dem Liberalismus das, was seinen Zwecken diene!

Man kann sich denken, wie solche Angriffe auf die Kreise von „Bildung und Besitz“ wirken mußten, weil sie ja namentlich auch gegen Krupp gerichtet waren und in den Augen der Liberalen, Industriellen und auch der hohen und höchsten Behörden einer Majestätsbeleidigung gleichkamen. Die katholischen Kaplanen, die hinter der christlich-sozialen Bewegung standen und auch deren Blatt, den „Volksfreund“, geistig beherrschten und nährten, waren, das muß ihnen der Reid lassen, an journalistischem und agitatorischem Geschick und Schwung den Sozialdemokraten jener Zeit ein gutes Stück überlegen. Insofern war der Wunsch der Behörden und der liberalen Unternehmer, das Sozialistengesetz auch auf die christlich-soziale Bewegung auszu-dehnen, wohl zu verstehen. Es kam aber anders. Die Regierung in Düsseldorf berichtete am 12. September an den preussischen Minister des Innern, er habe bereits in früheren Berichten darauf hingewiesen, daß die christlich-soziale Arbeiterpartei im Wahlkreis Essen von den dortigen Behörden für ebenso staatsgefährlich erachtet werde, und insgedessen auch die gegen die Sozialdemokratie in Aussicht genommenen Ausnahmegeetze „unterschiedslos und nachdrücklich“ auch den Christlich-sozialen gegenüber zur Anwendung zu bringen seien. Oberbürgermeister und Landrat in Essen, zum Bericht aufgefordert, hätten nun unter Beibringung urkundlicher Beweisstücke und sonstiger tatsächlicher Unterlagen ihre Auffassung näher begründet. Der daraufhin von dem Regierungspräsidenten an den Minister gerichtete Bericht ist von besonderer historischer Bedeutung für die Anfänge der Bergarbeiterbewegung im Westen und soll hier im Wortlaut wiedergegeben werden:

„Der christliche Arbeiterverein zu Essen wurde im Anfang des Jahres 1870 durch den Kaplan Hausmann ins Leben gerufen. Nach den mir vorgelegten Statuten bezweckt derselbe eine religiös-sittliche und eine materielle Hebung des Arbeiterstandes. Der Verein will diesen Zweck erreichen a) durch nützliche Unterhaltung, b) öffentliche Vorträge, Lesen passender Schriften, Gesang und Genuß christlich-fröher Geselligkeit, c) durch gegenseitigen hilfreichen Verkehr im bürgerlichen Leben und Gründung einer Sparkasse. An der Spitze des Vereins steht ein Präses,

geregelt, in erster Linie selbstverständlich der Verunglückten und deren Hinterbliebenen zu gedenken. Dann wurde aber auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diejenigen bedacht werden müßten, die infolge gesundheitlicher Schädigung Nachteile erlitten. Angebracht erscheine es auch, die spätere Zukunft der vaterlos gewordenen Kinder sicherzustellen, eventuell dadurch, daß man Spardbücher mit entsprechenden Einlagen einrichte und dabei die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen über die Abhebung der Beträge treffe. Die Kinder müßten das Geld für spätere Zeiten zur Verfügung haben.

Dr. Middelhauffe unterschied sodann ausdrücklich zwischen dieser einmaligen Hilfe und der allgemeinen Hilfe, die dem Kreis Neurode gebracht werden müsse. Die allgemeine Hilfe sei nach Möglichkeit aus allgemeinen Mitteln, also aus Mitteln der Gesamtheit, zu gewähren. Vor allen Dingen komme hier der Bergmannsfonds in Frage, dem das Reich und der Staat beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt haben. Die örtliche Hilfe für die Verunglückten und deren Hinterbliebene müsse aus Mitteln der Sammlungen und der Spenden bestritten werden.

Eine weitere Sitzung fand am 31. Juli statt, wo zunächst die Ergebnisse dieser Sitzung bekanntgegeben wurden und die Ergebnisse der Sitzung vom 28. Juli im Regierungsgebäude zu Breslau, an der die beteiligten Stellen des Reiches und des Staates teilgenommen haben. Das Ergebnis der Sitzung vom 22. Juli wurde in dieser Sitzung am 31. Juli bestätigt und der mit der Verteilung zu befassende engere Ausschuß gewählt.

Der Kreis Neurode besitzt ein eigenes Kinderheim in Karlsberg. In diesem Kinderheim werden nur Kinder des Kreises Neurode verpflegt. Davon sind in der Regel zwei Drittel Bergmannskinder. Im Jahre 1929 ist dem Kinderheim von der Knappschafft ein Zuschuß zum Bau einer Liegehalle gewährt worden. Um dieses Kinderheim, das demagogischerweise in ein Jugendheim umgelagert wird, handelt es sich im vorliegenden Falle. Die Unterstützung dieses Kinderheims ist eine so vornehme, ethische Aufgabe, daß dieser Vorstoß nicht genug angeprangert werden kann. Das Kinderheim ist also keine sozialistische Einrichtung, sondern eine kommunale Einrichtung des Kreises Neurode. Um so schlimmer ist das Vorgehen des Delegierten, dem diese Tatsache bekannt war.

Die Anfragen und die Zentrumspreffe hätten sicherlich klüger getan, wenn sie das Ergebnis der Sitzungen, die ihnen bekannt waren, abgewartet hätten. Aber es ist halt Wahlkampf! Eine abschließende Mitteilung über die Angelegenheit findet man am 14. August in der Presse:

Das Landratsamt des Kreises Neurode gibt einen Bericht aus, demzufolge die Sammlung für das Grubenunglück in Hausdorf zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Die Mittel des Reiches und Preußens sowie die Spenden der deutschen öffentlichen Stellen sind dem sogenannten Bergmannsfonds für das niederschlesische Steinkohlenrevier zugeführt worden, der dem Berghauptmann von Niederschlesien untersteht und sonstige Behördenvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Mitglieder zählt. Dieser Fonds verfügt zur Zeit über rund 1 300 000 M., wovon bisher 25 000 M. zur Verteilung gekommen sind. Es ist beabsichtigt, weiterhin gewisse Beträge für die Hinterbliebenen, vor allem für die Kinder, zu verwenden, während der Hauptbetrag, entsprechend seiner Zweckbestimmung, der Hebung der Gesundheit der bergmännischen Bevölkerung des Waldenburg-Neuroder Bergwerksbezirks dienen soll. Die übrigen Spenden, insbesondere die von Privatpersonen und Zeitungen, sind dem sogenannten Neuroder Topf zugeführt worden, bisher Beträge in Höhe von 150 000 M., wobei sich die Zeitungen allerdings für die von ihnen gesammelten

Spenden gewisse Mitbestimmungsrechte vorbehalten haben. Die 105 Witwen mit Kindern und die sonstigen Hinterbliebenen haben aus dem Neuroder Topf bisher rund 21 000 M. erhalten. Eine weitere Ausschüttung erschien im Augenblick unzumutbar, weil an die Hinterbliebenen aus Zeitungsverfälschungen und anderen Quellen eine Gesamtsumme von über 300 000 M. gezahlt worden ist. Die nicht zweckgebundenen Mittel sollen den infolge des Neuroder Unglücks gaserkrankten und verwundeten Bergleuten sowie deren Angehörigen und den Hinterbliebenen aus früheren Unglücken zu

geführt sowie für die Gewährung von Erziehungshilfen für die Kinder betroffener Bergleute und für den Ausbau von Erziehungs- und Erholungststätten für diese Jugend verwandt werden. Alle Verdrängungen irgendwelcher Art über eine anderweltige Verwendung der Gelder anlässlich des Grubenunglücks in Hausdorf entbehren jeder Berechtigung und können dem Hilfswerk Neurode nur schaden. — Diese Mitteilung bringt die Zentrumspreffe ohne irgendeine Bemerkung. Eine wahre demagogische Aktion ist damit wohl erledigt.

Kündigung der Lohnordnung für den Ruhrbergbau.

Der Zechenverband hat am 15. August beschlossen, am 18. August die Lohnordnung zum 30. September zu kündigen. Begründend wird gesagt, daß man mit den Gewerkschaften in eine Erörterung über die Senkung der Produktionskosten eintreten wolle, die im Hinblick auf die Entwicklung des Absatzes und der Preise unumgänglich sei.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schrieb am 15. August vorbereitend:

„Trotz mancherlei Bedenken wird sich eine Kündigung wahrscheinlich nicht umgehen lassen, damit auf diese Weise überhaupt einmal eine Diskussion mit den Gewerkschaften über die Frage eines Lohnabbaues in Gang kommt... Falls es zu einer Auseinandersetzung kommen sollte, wird diese nicht einem Kampf gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften, gegen das staatliche Schlichtungswesen usw. gelten, sondern nur dem Ziel dienen, durch Anpassung der Selbstkosten an die Absatzlage einen Ausgleich herbeizuführen, wie er in allen anderen Ländern selbstverständlich ist.“

Aus anderen Presseäußerungen, die anscheinend vom Bergbaulichen Verein in Essen inspiriert sind, geht hervor, daß man an einen zehnprozentigen Lohnabbau denkt, mit dem eine Preiserhöhung von 1 M. je Tonne Kohlen verbunden werden soll. Offiziell ist das noch nicht. Als die Konsumvereinsvertreter im Reichskohlenrat vor wenigen Tagen die Preisfrage anschnitten, beschränkte sich Herr Dr. Silberberg auf die einfache Bemerkung, aus der Syndikatsumlage gehe bereits hervor, daß alle markttechnischen Gesichtspunkte bereits berücksichtigt würden. Damit wurde der Gedanke der Preisermäßigung abgelehnt, es wurde aber auch die Vertoppelung von Lohn- und Preisabbau von den Unternehmern in dieser Sitzung mit keinem Wort erwähnt.

Inzwischen scheinen die wirtschaftlich Vernünftigeren, die die Gefahr einer weiteren Wirtschaftsverflechterung durch einen Lohnkampf an der Ruhr sehen, den Sozialreaktionären unterlegen zu sein.

Wenn die Unternehmer auf die schlechte Marktlage, die Faldenbestände usw. verweisen, so verweisen die Bergarbeiter

auf die mehr als fünf Millionen Feierschichten, welche den Effektivlohn der Ruhrbergleute in einer Weise herabgedrückt haben, wie das kaum jemals zuvor der Fall gewesen ist. Im Gegensatz dazu haben die Bergbaugesellschaften an der Ruhr ein Jahr außerordentlicher Gewinne hinter sich, das ihnen die Möglichkeit geben sollte, eine schlechtere Periode auch ohne Lohnabbau zu überstehen.

Der Standpunkt der Gewerkschaften ist bekannt. Unser Verband wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter haben erklärt, daß sie sich einen Lohnabbau nach dem Wunsch der Unternehmer nicht kampflös gefallen lassen werden. Husemann hat das in Breslau klar ausgesprochen, Imbusch wandte sich auf der christlichen Generalversammlung „entschieden gegen jeden Lohnabbau. Einen Lohnabbau könne es nicht geben; man möge an der rechten Stelle abbauen, die Lebenshaltungskosten senken und besonders im Kleinhandel für einen wirklichen Preisabbau sorgen.“

Selbstverständlich werden die Verbände in den Verhandlungen, die in wenigen Tagen beginnen sollen, ihren Standpunkt energisch vertreten, eine gründliche Selbstkostenprüfung verlangen und dabei aufzeigen, wo andere Möglichkeiten als Lohnabbau zur Selbstkostenreduzierung vorhanden sind.

Darüber hinaus werden die Bergarbeiterverbände selbstverständlich Lohnreduzierung fordern und begründen!

Erfahrungsgemäß besteht die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, daß Vereinbarungen oder Entscheidungen über die Lohnfrage im Ruhrbergbau die Verhältnisse auf längere Zeit regeln. Bei der Steigerung der Lebenshaltungskosten, wie sie in den letzten Monaten zu verzeichnen sind, bei dem Fehlen jeder Garantie, daß es nächsten anders wird, bei der nicht unbegründeten Hoffnung auf eine Wirtschaftsbesserung kann man von den Bergleuten nicht erwarten, daß sie sich mit Festlegung des heutigen Zustandes auf längere Zeit oder gar mit Lohnabbau einverstanden erklären. In der nächsten Nummer unserer Zeitung werden wir ein Bild vom Ruhrbergbau geben, wie wir es sehen!

Für die Bergleute aber heißt es: Ungreifend abwehren und für jeden Fall gerüstet sein!



der statutenmäßig katholischer Geistlicher sein muß und weitgreifende Befugnisse hat. Wollte man den Verein nur nach seinem Statut beurteilen, so müßte man denselben nicht nur für harmlos und ungefährlich, sondern geradezu für äußerst nützlich und unterstützungswert halten. Anders stellt sich aber das Urteil, wenn man an der Hand der von den Lokalbehörden beigebrachten Nachweise das Gebaren der Partei, dessen Mittelpunkt der Verein ist, seit dem Jahre 1870 bis auf die Gegenwart verfolgt. Dann gewinnt man die Ueberzeugung, daß jenes Vereinsstatut nur die unschuldige Hülle ist, welche eine äußerst gefährliche, aus religiösem Fanatismus quellende Tätigkeit verdecken soll.

Die christlich-soziale Arbeiterpartei in Essen hat sich die Schlagworte und die Agitationsweise der beiden gefährlichsten Parteien, der ultramontanen und der sozialdemokratischen, angeeignet, hat den religiösen Fanatismus der unteren Volksschichten mit dem Klassenhaß der Sozialisten gegen die Besitzenden verschmolzen und hat so mit verdoppelter Leidenschaft gegen die bestehende Staatsgewalt angeekämpft. In gleicher Weise wie die Sozialdemokratie hat sie die Unzufriedenheit der Arbeiter geschürt, den Erwerb der Besitzenden als eine Ausbeutung der Arbeiter bezeichnet und Meid und Haß gegen die großen Arbeitgeber erregt. In gehässiger, tendenziöser Weise wurde stets auf das Glend in den Arbeiterkreisen, auf das Wohlleben unter den Werksbesitzern verwiesen. Die Mängel der Gesetzgebung wurden aufs schärfste gegeißelt, alles Glend wurde dem Staate und seiner Gesetzgebung zugeschrieben; der preußische Staat und seine Leiter in den letzten zwölf Jahren wurden als die Verkörperung alles Bösen auf das heftigste bekämpft. Systematisch waren die Leiter der Partei bestrebt, den Patriotismus lächerlich zu machen, die Taten unseres ruhmreichen Heeres zu verkleinern und zu schmähen. Kurz, die Partei unterschied sich von der sozialdemokratischen in ihrer Agitation nur dadurch, daß die Autorität der Religion und die katholische Kirche unangefastet blieb, während es auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiete an einem klaren Programm überhaupt zu mangeln scheint.

Sicherlich erstreben die Leiter der Partei weder einen Umsturz der Monarchie als solche, noch auch eine radikale Umwälzung der Eigentumsordnung. Die preußische Monarchie, wie sie auf den Taten von 1866 und 1870 sich gehoben und unabhängig von Rom sich gestellt hat, kann indessen keine erbitterteren Feinde haben als die Christlich-Sozialen in Essen. Ein festes wirtschaftliches Reformprogramm fehlt der Partei. Sie ist sich augenscheinlich nicht klar über ihre positiven Ziele. Sie verfährt daher meist nur negierend und zerstörend. Das Bestehende unterwirft sie einer ägenden Kritik, sie zeigt den Arbeitern nur, was schlecht und mangelhaft ist und begnügt sich mit dem Haß und der Unzufriedenheit, die sie unter den Arbeitern erzeugt, ohne dieselben auf den praktischen Weg erreichbarer Reformen zu leiten. Kurzum, die Heßkapläne, welche die christlich-soziale Arbeiterpartei geleitet haben und noch leiten, beuten die sozialen Mißstände nur aus, um durch Schürung des Klassen-

hasses sich der Arbeiter voll und ganz zu bemächtigen und sie im kirchenpolitischen Kampfe gegen den Staat zu verwerten.

Daß die höhere Geistlichkeit ihr Treiben völlig billigt, ist nicht anzunehmen. Sie weiß sehr wohl, daß die entsefelten niederen Leidenschaften nur schwer zu bannen sind, und befürchtet, daß bei Beendigung des Kulturkampfes die Sozialdemokraten die Früchte jenes Treibens ernten werden. Bei der Reichstagswahl vom 10. Juni 1877 kam der Konflikt zwischen den Klerikalen und den Christlich-Sozialen zum offenen Ausbruch. Letztere siegten in der engeren Wahl durch die Unterstützung der Sozialdemokraten. Seitdem haben die Christlich-Sozialen weitere Fortschritte gemacht auf Kosten der Klerikalen. Letztere haben bei der jüngsten Reichstagswahl eine Erneuerung des Konfliktes gescheut, weil sie ihre Niederlage voraussehen. Sie vertuschten daher die vorhandenen Differenzen und stimmten mit für den Kandidaten der Christlich-Sozialen. Das demagogische Element überwiegt und die gemäßigteren klerikalen Elemente werden von denselben mit fortgerissen. Die Staatsregierung hat daher volle Veranlassung, das Vereins- und Pressegesetz gegen die christlich-soziale Arbeiterpartei im Wahlkreis Essen mit aller Schärfe bis zur äußersten Grenze des Zulässigen anzuwenden.

Inwieweit stimme ich mit den Anschauungen der Lokalbehörden überein. Anders dürfte indessen die Frage zu beantworten sein, ob die Bestimmungen des jetzt dem Reichstage vorgelegten Sozialistengesetzes auch auf die Christlich-Sozialen auszudehnen ist. Daß die Bestrebungen derselben die bestehende Gesellschaftsordnung untergraben, läßt sich nicht behaupten. Die Grundlagen der Eigentumsordnung wollen die Christlich-Sozialen nicht umstürzen. Die preußische Staatsordnung wird von ihnen in ähnlicher Weise bekämpft wie von den Klerikalen. Im übrigen sind sie keine theoretischen Gegner der monarchistischen Staatsordnung. Die Agitationen der Christlich-Sozialen gefährden den inneren Frieden und erwecken den Klassenhaß. Auf einen radikalen Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung sind sie dagegen nicht gerichtet. Meines Dafürhaltens findet daher der vorgelegte Gesetzentwurf an sich keine Anwendung auf die Christlich-Sozialen. Eine besondere Ausdehnung seiner Bestimmungen auf letztere könnte ich nur dann befürworten, wenn sich die große Mehrheit der Christlich-Sozialen im übrigen Deutschland eines gleichen gehässigen und gefährlichen Treibens schuldig gemacht hätte, wie im Wahlkreis Essen. Dies ist aber meines Wissens nicht der Fall.

In den übrigen Kreisen des hiesigen Bezirkes ist die christlich-soziale Partei nicht so bemerkenswert und gemeinschädlich hervorgetreten, daß ihrerhalb ein besonderes Einschreiten der Staatsgewalt erforderlich scheint. Vielmehr hat der katholische Klerus in München-Gladbach und Krefeld durch Gründung von Arbeitervereinen wohlthätig auf die soziale Stellung der Arbeiter eingewirkt, die Sozialdemokratie verdrängt oder ferngehalten und den Frieden zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen gefördert. Auch die katholischen Gesellenvereine sind zwar Hauptherde und Stützpunkt der ultramontanen Partei, daneben aber von heilsamem Einfluß für die Sittlichkeit und Wohlfahrt der Gesellen. Es kann sicher nicht in der Absicht der Staatsregierung

liegen, alle diese Vereine um der Sünden der Christlich-Sozialen in Essen willen in gleicher Weise zu unterdrücken, wie die sozialdemokratischen Vereine. Noch harmloser und weit bedeutungsloser ist die von dem Hofprediger Stöcker ins Leben gerufene Partei der Staatssozialisten im hiesigen Bezirk. Sie hat unter evangelischen Christlichen manche Förderer und Anhänger gefunden, ist aber in die eigentlichen Arbeiterkreise kaum eingedrungen.

Ueber den weiteren Verlauf der Dinge unterrichtet ein Schreiben der Regierung in Düsseldorf an die Regierung in Arnberg vom 26. Oktober. Darin wird mitgeteilt, daß seit Ende Mai der Rheinisch-Westfälische Bergarbeiterverband in der Stadt Essen kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben habe und dort tatsächlich am Ende sei; ebenso hätten im Landkreise Essen und im Kreise Mülheim die dortigen Ortsvereine schon seit längerer Zeit jede Tätigkeit eingestellt. Der Verband, der vor Jahresfrist von Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden sei, habe in der weitaus größeren Mehrzahl aus Christlich-Sozialen bestanden; in dem Zentralauschuß seien nur zwei Sozialdemokraten, in der Mehrzahl zweifellos Christlich-Soziale, bezüglich deren der Minister kürzlich entschieden habe, daß sie nicht unter die Bestimmungen des Sozialistengesetzes fielen. Diese Entscheidung beziehe sich insbesondere auf die Christlich-Sozialen im Wahlkreis Essen. Es liege deshalb kein Grund vor, gegen den in der Stadt Essen ansässigen Verband der rhein.-westf. Bergarbeiter oder gegen dessen Ortsvereine zur Zeit auf Grund des Sozialistengesetzes einzuschreiten.

Die christlich-soziale Arbeiterbewegung katholischer Richtung, die ihre Hauptstätte in Aachen und Essen hatte, nahm andere Wege. Während des Kulturkampfes mochte sie auch der Zentrumsparthei als Hilfe im Ringen mit dem liberalen Hauptfeind willkommen sein. Ende der siebziger Jahre aber, als Bismarck, um seine Wirtschafts- und Steuerpolitik durchzusetzen, mit Windthorst Frieden schloß, hat die politische Partei sich nach Kräften bemüht, der christlich-sozialen Bewegung ein Ende zu machen. Während der Dauer des Sozialistengesetzes brauchte das Zentrum die Sozialdemokratie nicht zu fürchten. Als das Ausnahmegesetz nach zwölfjähriger Dauer fiel und in der ersten Reichstagswahl nach dem Fall, im Jahre 1890, die Sozialdemokratie ihre Stimmzahl von 750 000 im Jahre 1887 auf das Doppelte, also auf anderthalb Millionen erhöhte und damit die an Stimmen stärkste Partei des Reichstags wurde, erst da ward das Zentrum inne, daß nicht mehr der Liberalismus, sondern eine andere Bewegung der größere Feind war. Die Stadt, von der in dem Berichte der Düsseldorfer Regierung vom 12. September rühmend gesagt wurde, daß dort der katholische Klerus „durch Gründung von Arbeitervereinen wohlthätig auf die soziale Stellung der Arbeiter eingewirkt, die Sozialdemokratie verdrängt oder ferngehalten und den Frieden zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen gefördert“ habe, München-Gladbach, wurde die Stätte einer neuen, auf weiter Grundlage und mit großen Mitteln wirkenden christlich-sozialen Arbeiterbewegung. August Erdmann.

Schwere Angriffe gegen das Oberbergamt Dortmund

durch Zechenvertreter in einer Gerichtsverhandlung.

Vorwürfe der Befangenheit und Unfähigkeit. — Was sagt der Zechenverband dazu?

Am 4. August 1929, einem Sonntag, geschah auf der Zeche de Wendel eine Schlagwetterexplosion, wobei drei Mann getötet wurden. In der Morgenschicht des betreffenden Sonntags waren Arbeiter mit Seilspießen in einem Querschlag beschäftigt. Die betreffende Seilbahn wurde durch einen ungeschützten, von der Bergbehörde jedoch genehmigten elektrischen Motor angetrieben. Nachdem die Leute mit ihrer Arbeit fertig waren, ließen sie, wie gewöhnlich, versuchsweise die Seilbahn etwas laufen. Bei dieser Gelegenheit passierte die Explosion.

Gegen den Betriebsführer, Bergassessor Eichenbruch, und die Steiger Wibbelhof und König wurde Strafantrag gestellt. Wibbelhof hatte die Speißarbeiter, König eine andere Kolonne zu beaufsichtigen. Der Betriebsführer hat an diesem Sonntag die Ventilatoren und den Kompressor einstellen lassen, ohne hierzu eine Genehmigung gemäß § 24 Abs. 2 der Bergpolizeiverordnung vom Revierbeamten eingeholt zu haben. Ein weiterer Verstoß des Betriebsführers lag gegen § 149 vor betreffs Sonderbewetterung. Durch das Stillsetzen des Kompressors wurden Sonderbewetterungseinrichtungen außer Betrieb gesetzt. Dem Steiger Wibbelhof war die Stillsetzung des Ventilators bekannt. Trotzdem hat er die Leute unten arbeiten lassen. Steiger König hat von der Stillsetzung des Ventilators nichts gewußt.

Die Verhandlung fand am 8. und 9. August vor dem Schöffengericht in Hamm statt. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe für den Betriebsführer Eichenbruch und Freispruch der beiden Steiger. Jedem Leser wird es klar, daß wir Veranlassung haben, eingehend darüber zu berichten. Zuerst geben wir folgende Darstellung über die Entwicklung und den Verlauf des Unglücks:

Den betreffenden Querschlag schneidet kurz hinter dem Schachtführer das Flöz Albert. Dieses wurde nach beiden Seiten durch Sohlenstreifen angefahren. Die nach rechts abgehenden Sohlenstreifen wurden, nachdem man sie etwa 100 Meter ins Flöz hineingetrieben hatte, wegen zu starker Schlagwetterentgasung eingestellt. Um dem § 139 zu genügen, wurde die Strecke, einige Meter vom Querschlag entfernt, mit einer schwachen Bergemauer abgedämmt. Diese Abdämmung genügte keinesfalls, denn es traten fortwährend Schlagwetter heraus, so daß man dort eine Preßluftdüse einbauen mußte. Schon diese Einrichtung widerspricht dem gesunden Sinn und dem Wortlaut des § 139, wonach gestumdete Grubenräume weitgehend abzuschließen sind. Etwas weiter hinter Flöz Albert steht ein nach der tieferen Sohle führender Stapel. Seine Haspelkammer ist in der Firse des Querschlages hochgeschossen. Da sich in dieser Haspelkammer selbstverständlich Schlagwetter ansammeln, mußte sie gleichfalls durch Lutten und eine Düse sonderbewettert werden. Nicht nur aus der gestumdeten Albertstrecke, sondern auch im Stapel heraus kamen fortwährend große Mengen Schlagwetter. In einiger Entfernung von dem Stapel seldeinwärts stand der elektrische Seilbahntriebsmotor. Seine Standbühne befand sich etwa 30 Zentimeter unter der Querschlagfirse. Den fehlenden Raum für den Antriebsmotor hat man in der Firse mehr als einen Meter hoch ausgeschossen, so daß auch an dieser Stelle im Querschlag ein Hohlraum in der Firse über dem Antriebsmotor vorhanden war. Dieser Hohlraum wurde nicht bewettert.

Als nun am Unglückstag der Ventilator und durch Einstellen der Preßluftzufuhr auch die Sonderbewetterungen stillgesetzt wurden, sammelte sich in kurzer Zeit der Querschlag von Flöz Albert bis zum Antriebsmotor voll Schlagwetter. Natürlich füllten die Schlagwetter auch die Haspelkammer über dem Stapel und den Aufbruch über dem Antriebsmotor. Als dann die Leute mit ihrer Arbeit fertig waren und die Seilbahn versuchsweise in Betrieb setzten, mußte es zur Explosion kommen, denn der ungeschützte Elektromotor erzeugt beim Stillsetzen Funken. Zur Zeit der Explosion befand sich ein Kamerad weiter hinten seldeinwärts im Querschlag. Zwischen ihm und dem Antriebsmotor befand sich eine Staubkranke. Er hat beobachtet, daß das Seil nur ruckweise ging. Plötzlich erfolgte die Explosion und im gleichen Augenblick blieb die Seilbahn stehen. Die Staubkranke hat ihn vor Verletzung durch die Explosion bewahrt.

Die Entzündung durch den Motor kann auf verschiedenen Ursachen beruhen. Einmal, wie schon vorhin angeführt, durch Funken beim Anlassen oder Ausschalten, des weiteren durch einen Maximalauschalter, der gleichfalls vorhanden war. Ein Maximalauschalter hat den Zweck, bei Überlastung der Maschine den Strom automatisch auszuschalten. Auch bei einem solchen Vorgang bilden sich Funken. Welcher Vorgang nun die Schlagwetterentzündung auslöste, kann unmöglich festgestellt werden. Nach den Aussagen des unverletzt gebliebenen Zeugen kann man annehmen, daß das Seil irgendwie hängen geblieben sei. Das wäre eine Erklärung für das Ansprechen des Maximalauschalters, der nach der Explosion auch tatsächlich ausgeschaltet war. Es kann aber ebenso gut möglich sein, daß einer der drei Verunglückten den Motor stillsetzte, wobei dann die Entzündung erfolgen konnte. Die drei Verunglückten wurden in einiger Entfernung vom Antriebsmotor gefunden. Man weiß aber aus Erfahrung, daß selbst von einer Explosion betroffene Leute noch größere Strecken zurücklegen, bevor sie zusammenbrechen.

Noch am Unglückstage behauptete eine Kommission des Oberbergamts unter Leitung des damaligen Oberbergamtsdirektors Dr. Weise (jetzt Berghauptmann in Clausthal) die Unglücksstelle. Die Befahrung muß sehr oberflächlich gewesen sein, denn in einer Niederschrift wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die Explosion in der abgedämmten Albertstrecke wahrscheinlich durch Grubenbrand verursacht wurde. Der Damm wurde nämlich von der Explosion vollkommen zerstört und in der Strecke selbst fand man Kotperselen und Kotskrusten. Demnach sind dort nicht nur Schlagwetter explodiert, sondern auch größere Mengen Kohlenstaub. Erst am Montag kamen andere Vertreter der Bergbehörde auf den Gedanken, daß in der betreffenden Albertstrecke aus natürlichen Gründen ein Brand nicht entstehen konnte und daß deshalb andere Ursachen vorhanden sein mußten. Dann erst kam man darauf, den Elektromotor als Entzündungsursache anzusehen. Bei späteren Versuchen stellte man fest, daß nach Stillsetzen der Ventilatoren und der Sonderbewetterungen der

Querschlag und alle anderen vorhin erwähnten Räume sich in kürzester Zeit voll Schlagwetter setzten.

Die Verteidigung der Angeklagten lag in Händen zweier Rechtsanwälte. Einer davon ist der Sohn des Direktors der Zeche de Wendel, Hochstrate, ein junger Mann, der wohl hier seinen Befähigungsnachweis erbringen sollte. Als Parteisachverständige standen dem Beklagten noch zur Seite der stellvertretende Direktor der Zeche de Wendel, Schmidt, und der Direktor der Zeche Rabbob, Bergassessor André. Ferner waren als Gutachter von der Staatsanwaltschaft geladen der Leiter der Versuchsstrecke in Derne, Dr. Beyling, der Oberbergamtsdirektor Schlattmann (Dortmund) und Bergtrat Langebeckmann (Essen) sowie ein Vertreter vom Dampfesselüberwachungsverein.

Die Verteidigung des angeklagten Betriebsführers Eichenbruch bewegte sich nun in folgender Linie: Der Ausgangspunkt der Explosion liegt in der abgedämmten Albertstrecke. Dort standen Schlagwetter, und durch irgendeinen Umstand, wahrscheinlich durch Funkenbildung beim Zurückgehen des Handgengens, kamen sie zur Entzündung. Wir möchten hierbei gleich bemerken, daß eine derartige Schlagwetterentzündung bis heute noch ins Reich der Fabel gehört. Kein solcher Fall ist bis heute bekannt und künstliche Versuche, durch Reißfunken bei herabfallendem Gestein Schlagwetter zu entzünden, sind bis heute ohne Erfolg geblieben. Aber was nützt das alles, wenn man Ausreden gebraucht! Sie werden hergeholt und wenn sie noch so dumm sind.

Die Stillsetzung des Ventilators ohne behördliche Genehmigung wurde damit verteidigt, daß bislang eine Befolgung dieser Vorschriften überhaupt auf keiner Zeche erfolge. Das geschah in einer Art und Weise, die uns drängt, am Schluß dieses Berichts noch eingehender darauf einzugehen.

Der beklagte Steiger Wibbelhof verteidigte sich damit, daß nach seiner Ansicht die Arbeit nach der Stillsetzung des Ventilators hätte erledigt werden können. Er sei vorzeitig herausgefahren, um familiäre Angelegenheiten zu erledigen. Daß diese Leute unten nicht frühzeitig fertig wurden, läge daran, daß sie teilweise sehr betrunken waren und im übrigen sehr faul gearbeitet hätten. Betrunken waren die Leute, weil sie vorher an einer Kriegervereinsfeier teilgenommen hätten. Der Steiger König gab an, daß er vom Stillsetzen des Ventilators überhaupt nichts wußte.

Die Bekanntmachung der Stillsetzung an die Steiger war in der Gerichtsverhandlung sehr umstritten. Der Betriebsführer gab an, daß er und andere von ihm Beauftragte die Stillsetzung in der vorhergehenden Woche mehrmals auf der Steigerstube mündlich bekanntgegeben hätten. Auch hätte man einen entsprechenden Anschlag aufs schwarze Brett gehängt. Steiger König sagt aus, daß er den Anschlag nicht gelesen habe. Auf dem Brett würden allerhand andere Sachen bekanntgegeben, so z. B. die Ankunft von Kartoffeln, Kognat und dergleichen.



Am 14. September muss der Bürgerblock gesprengt werden:

Wählt Liste 1 Sozialdemokraten!

Man habe deshalb das schwarze Brett nicht ernst genommen. Die Bergbehörde hingegen war der Meinung, daß eine Bekanntgabe derartiger wichtiger Betriebsvorgänge durch Umlaufzettel erfolgen müßte, wobei jeder die Kenntnisnahme durch Unterschrift bestätigt.

Es waren annähernd zwanzig Zeugen, vorwiegend von der Verteidigung, und zwar meist Steiger und Fahrsteiger, geladen, sowie die Beamten des Bergreviers Hamm, Erster Bergtrat

Middelschulte und Bergtrat Biger. Die Zechenbeamten bemühten sich auch kräftig, ihren Gebieter herauszuhauen. Ihre Aussagen waren aber unwesentlich, denn sie beschränkten sich in der Hauptsache auf Aussagen über den Modus der Bekanntmachungen auf dem Steigerzimmer. Soweit einige Steiger mit dem Unglück direkt zu tun hatten, schoben sie die Schuld ebenso wie der beklagte Steiger Wibbelhof den toten Kameraden zu, die befohlen gewesen seien und, statt zu arbeiten, herumgelegen hätten.

Etel überkam einen bei solcher Belastung der tödlich Verunglückten. Ein schöner Dank für die Kriegervereinstreue, die zur Betrunkenheit beigetragen haben soll! Das ist ein Kapitel für sich. Werden doch die Leute von den Zechenbeamten und diese selbst von ihren Vorgesetzten zu solchen Saufgelagen herangezogen! Die Verteidiger, einschließlich der Zechensachverständigen, verfluchten die Rettung mit oft sehr zweifelhaften Mitteln. Das Auftreten des jungen Direktorsöhnchens erinnerte an die Standauftritte in den Naziprozessen der letzten Zeit. Würdelose Frechheit!

Schon in der Vormittagsverhandlung am 8. August, die ausschließlich mit der Vernehmung der Beklagten und Zeugen ausgefüllt wurde, merkte man, daß die Beflagtenpartei mit unermesslicher Wut gegen den Sachverständigen, Oberbergamtsdirektor Schlattmann, geladen war. „Welche zweifelhafte Rolle Sie dabei gespielt haben, Herr Oberbergamtsdirektor Schlattmann, darüber werden wir nachher noch reden!“, rief ihm der Verteidiger Hochstrate zu. Man versuchte, die beiden Zeugen vom Bergrevieramt gegen Schlattmann auszuspielen. Nicht fassen konnte es die Partei der Beklagten, daß der Bergtrat Biger auf Veranlassung des Oberbergamtes nicht als Sachverständiger auftreten durfte. Ebenjowenig konnte man verstehen, wie das Gutachten Bigers abgeändert und der Ansicht des Oberbergamtes entsprechend verfaßt wurde. Man kann es den Leuten nachfühlen, denn darüber besteht kein Zweifel: hätte das Oberbergamt das Bergrevieramt in der Sache allein murkseln lassen, wäre es kaum zu einer Anzeige, geschweige zu einer Verurteilung gekommen.

In der Nachmittagsitzung sollten die Berichte der Sachverständigen entgegengenommen werden. Doch noch bevor dieses geschah, legte die Partei der Beklagten zur ersten Attacke gegen Schlattmann an. Auf Veranlassung eines Verteidigers erklärte der Maschinensteiger Günter, daß Schlattmann am Montag, also einem Tage nach dem Unglück, zur Zeche gekommen sei. Er habe dann gleich Fragen gestellt wegen des Elektromotors, und als er erfahren habe, wie es damit stehe, sagte er sofort, daß der Motor die Entzündungsursache sei. Als der Zeuge dies bezweifelte, sagte Schlattmann, daß er von der Sache nichts verstehe. (Wenn Schlattmann das gesagt hat, dann wird er recht gehabt haben. Diesen Eindruck hatten wir von Günter auch.) Günter hat sich unwürdig behandelt gefühlt.

Alsdann stellte die Verteidigung den Antrag, den Sachverständigen Oberbergamtsdirektor Schlattmann wegen Befangenheit abzulehnen. Zur Begründung wurde angeführt, daß Schlattmann verurteilt habe, jussessiv andere Gründe als die wirkliche Entzündungsursache zu untersuchen. Auch habe er drei Tage vorher eine Unterredung mit dem Beklagten Eichenbruch auf dem Bergrevieramt gehabt und dort dem Beklagten gedroht, er lasse nicht zu, daß mit der Bergbehörde Schindluder getrieben würde. Er (der Beklagte) wisse nicht, was man ihm alles vorwirft. Der Vorstoß gegen Schlattmann wurde in einer Art und Weise geführt, daß sich der sonst überlegene Schlattmann mit dem Wort „Infamie“ zur Wehr setzte.

Das Gericht setzte die Beschlußfassung über diesen Antrag zunächst aus und vernahm die Sachverständigen. (Schluß folgt.)

WIRTSCHAFT

Braunkohle — zufriedenstellend.

In der Hauptversammlung der Rheinischen Braunkohlen-AG. führte Dr. Silverberg aus, daß der Geschäftsgang im rheinischen Braunkohlenbergbau relativ zufriedenstellend sei. Man habe während des Sommers nicht den vollen Absatz erreicht, wie man es sonst gewohnt gewesen sei. Die Lage sei ähnlich wie jahrzehntelang vor dem Kriege, wo während des Sommers ein Teil der Produktion auf Lager genommen werden mußte. Der dann übrig bleibende tatsächliche Absatz sei zufriedenstellend und liege eher etwas über denjenigen Mengen, die in früheren Jahren in ähnlichen Sommern abgesetzt worden seien. Infolge des besonders milden Winters beständen außerdem erhebliche Lagerbestände aus den Monaten Ende Januar bis März. Er hoffe, daß im Laufe des Geschäftsjahres die Lagermenge und die laufende Produktion abgesetzt werde, was größtenteils von normalen klimatischen Verhältnissen — kein übertrieben strenger Winter und kein Winter wie im letzten Jahr — abhängt, und daß dann auch wieder befriedigende Ergebnisse erzielt werden.

Kein Verkauf der Koffenrey-Kohlenfelder.

Nachdem im Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung der Magistrat in Frankfurt zu einem unverbindlichen Verkaufsvorschlag für die Köln-Frankfurter Kohlenfelder Stellung genommen hat, dürfte nunmehr in der bevorstehenden Aufsichtsratsitzung der Frankfurter Gasgesellschaft in gleicher Weise damit zu rechnen sein, daß im Augenblick ein Verkauf der Kohlenfelder abzulehnen ist. Einmal werden die von der Ruhrgas-AG. vorgeschlagenen Verkaufsbedingungen als sehr ungünstig bezeichnet, dann aber auch sei der gegenwärtige Zeitpunkt zu einem Verkauf im Hinblick auf die angespannte Lage im Ruhrkohlengebiet denkbar ungeeignet. In ungefähr zwei Jahren dürfte mit einer Stilllegung des Werts West der Frankfurter Gasgesellschaft zu rechnen sein. Die Gesellschaft wird dann vor der Notwendigkeit stehen, ihr Wert Ost voll auszunutzen und womöglich zu erweitern, oder in gewissem Umfang zum Ferngasbezug überzugehen. Diesen Zeitpunkt hält man bei den zuständigen Stellen für am besten geeignet, der Frage einer endgültigen Bewertung der Kohlenfelder näherzutreten.

Weitere Hilfe für das Siegerland.

Die Staatshilfe für den Siegerländer Erzbergbau wird weiter gewährt, der Betrag aber von 1,5 auf 1,14 Mill. M. vermindert. Für die Monate April bis Juli kommt für die einzelnen Gruben die bisherige Berechnungsmethode zur Anwendung, eine Beihilfe von 50 Pf. je Verlandtonne. Für die weiteren acht Monate soll die Methode geändert werden, wahrscheinlich soll die Vergütung mit der Belegschaftsstärke verknüpft werden.

HAUS UND LEBEN

Die Partei der Nichtwähler.

Jahrzehntlang kämpften die deutschen Arbeiter vor dem Kriege für ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für Männer und Frauen. Ein verfälschtes Reichstagswahlrecht und ein brutales Geldsackwahlrecht in den Ländern und Gemeinden lieferte die Gesetzgebung den Kapitalisten aus. Nach dem Krieg kam das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre.

Mit diesem Wahlrecht konnte die neue Staatsform gesichert, konnte die Gesetzgebung mit sozialem Inhalt erfüllt, konnte viel Elend der Schaffenden gelindert werden, wenn — ja, wenn die armen Leute selbst es wollten!

Aber 339 Vertretern anderer Parteien standen im letzten Reichstag nur 152 Sozialdemokraten gegenüber, die natürlich nicht ihre Politik durchsetzen konnten. Sie mußten verhandeln, mußten mit Teilen der Bürgerlichen eine Mehrheit suchen, sie mußten oft Unzulängliches, Schlechtes in Kauf nehmen, um Schlimmeres zu verhindern!

Und dabei schrien alle Bürgerlichen mit Einschluß der Nazis über „Marxismus“ als größte Gefahr. Deshalb richtet sich der Kampf aller anderen Parteien in erster Linie gegen die Sozialdemokratie! Wieviel größer wäre die Macht dieser mit den freien Gewerkschaften verbündeten Partei, wenn nicht die Zerrissenheit in der deutschen Arbeiterklasse wäre, wenn nicht Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen Arbeiterfeinden ihre Stimme gäben.

Die Sozialdemokratie ist die größte Partei Deutschlands! Aber eine Gruppe gibt es, die zahlenmäßig noch größer ist, das ist die Partei der Nichtwähler!

Es haben von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht:

1919	5 779 000
1920	7 486 000
1924 (Mai)	8 669 000
1924 (Dezember)	8 282 000
1928	10 057 000

Fast ein Viertel aller Wahlberechtigten hat bei der letzten Reichstagswahl nicht gewählt! Geschimpft und genörgelt hat aber die Mehrzahl dieser Nichtwähler sicherlich mehr als die Wähler und Wählerinnen, die

Wahlrecht als Wahlpflicht

betrachten! Ueber 10 Millionen Stimmen bedeuten 167 Reichstagsmandate! Wenn auch nur ein Teil von ihnen für die Sache der Arbeiter gewonnen wird, so kann der nächste Reichstag nicht Politik im Sinne der Reaktion treiben, kann keine Regierung durch Notverordnungen die Hilfe für Arbeitslose und Kranke verschlechtern!

Deshalb fort mit der Partei der Nichtwähler!

Macht den Männern und Frauen, die wahlfaul sind, begreiflich, daß es auch um ihre Sache, ihre Existenz, ihren Lohn, ihren Schutz geht und daß sie deshalb mit uns stimmen müssen

für die Sozialdemokratie!

Früher und jetzt.

Die Aufbringung und die Ausgaben für die Sozialversicherung haben sich nach der Revolution vervielfacht. Das war zum Teil notwendig, weil der Krieg die Gesundheit der Ueberlebenden ungeheuer geschädigt hatte. Zu einem großen Teil sind aber die erhöhten Ausgaben zurückzuführen auf den größeren Einfluß der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung.

„Ohne die Sozialdemokratie keine Sozialreform“, sagte Bismarck. Und ohne sie, sagen wir, nicht die in der Sozialversicherung nach dem Krieg erzielten Verbesserungen.

Ein Ferienerlebnis.

Urlaub, Ferien, welch köstliches Wort! Einmal frei vom Werktag. Einmal für kurze Zeit dem Joch der Arbeit enthoben, entronnen zu sein. So wogten die Gefühle in mir beim Antritt meines Urlaubs gleich einem Vogel, der nach langem Eingesperrtsein sich der goldenen Freiheit erfreut.

Tatbestand war, daß ich Urlaub hatte — wenn auch nur zehn Tage — und schon fünf Jahre fern von meiner Heimatstadt weilte. Was lag also näher, wo doch die Sehnsucht in mir schon längst erwacht war, als eine Reise nach der Heimat! Und da mein frakter Geldbeutel sich gerade etwas erholt hatte, verspürte ich bald heimatischen Boden unter meinen Füßen. Schon am anderen Tag nach meiner Ankunft unternahm ich eine größere Wanderung, die mich von B. aus am Flußtal aufwärts führte. Fröhlich gestimmt durch den herzigen Geruch des Nadelwaldes und die wechselvollen Landschaftsbilder, die das hügelreiche Vogtland bietet, gelangte ich nach mehreren Stunden Wandern in die Musikinstrumente bauende Stadt Marktneukirchen. Nach längerem Umherstreifen in der Stadt begab ich mich auf den Bahnhof, um mit dem Zug die Rückfahrt nach B. zu machen. Da ich einen nicht unerheblichen Durst verspürte und bis zum Abgang meines Zuges noch eine halbe Stunde Zeit hatte, ging ich in den Wartesaal. Hier beginnt nun mein Erlebnis, welches mich um meine ganz rosigte Wanderstimmung brachte. Ungewollt ward ich Zuhörer eines Gespräches, welches sich zwischen einem Aufkäufer von Musikinstrumenten und einem Cellobauer an dem Nebentische zutrug.

Wie wohl allgemein bekannt ist, lebt die arbeitende Bevölkerung in den Musikinstrumente bauenden Städten sehr schlecht. Auch hier hat der Moloch Kapitalismus seine Klauen ausgestreckt und hat es verstanden, die Leute von Herren zu Knechten zu machen. Wohl machen die Bewohner dort die Instrumente vielfach noch als Heimarbeit, aber nicht mehr das Ganze, sondern jeder nur einen bestimmten Teil. Diesen bringen sie dann in die Fabrik und erhalten dafür ihren Lohn, je nach Qualität. Die einzelnen Teile werden nun in der Fabrik zusammengefügt. Nun gibt es aber auch trotzige Naturen von

Nach den amtlichen Berichten über die deutsche Sozialversicherung wurden für soziale Zwecke aufgebracht in den Jahren (in Millionen Mark):

	1913	1924	1929
Krankenversicherung	582,8	1070,1	2150,0
Unfallversicherung	226,8	144,9	400,5
Invalidenversicherung	290,0	362,5	1092,0
Angestelltenversicherung	138,1	129,4	372,0
Knappschäftliche Pensionsversicherung	75,0	147,3	239,3
Arbeitslosenversicherung	—	222,4	1538,6
Summe A	1312,7	2076,6	5792,4

Zusufuhrleistungen des Reiches, der Länder und Gemeinden.

	1913	1924	1929
Krankenversicherung	—	9,4	27,0
Invalidenversicherung	58,5	109,0	451,0
Knappschäftliche Pensionsversicherung	—	—	56,0
Arbeitslosenversicherung	—	180,9	1042,1
Summe B	58,5	299,3	1576,1

Summe A und B zusammen 1371,2 2375,9 7368,5

Der gesamte Sozialaufwand des Kaiserreichs betrug (1913) 1371,2 Millionen, der Sozialaufwand der viel ärmeren Republik aber (1929) 7368,5 Millionen Mark.

Nicht eingerechnet sind hier die 2,5 Milliarden Mark, die jährlich für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen ausgegeben werden.

Diese Zahlen zeigen deutlich den gewaltig gestiegenen Einfluß der Arbeiterschaft in der Republik.

Aber weil die Unternehmerklasse viele Milliarden Goldmark ins Ausland verschob, weil sie in ihrem Rationalisierungsdrang andere Milliarden schleitete, falsch anlegte, will sie Senkung der Erzeugungskosten durch Lohnabbau und Abbau der Sozialversicherung!

50 Pf. für jeden Krankenschein! 50 Pf. für jedes Rezept! Zeigt euch das nicht, wohin der Weg geht? Noch viel schlimmer wird es werden, wenn am 14. September ein Reichstag nach dem Herzen der Unternehmer gewählt wird! Deshalb: Klärt Unwissende auf, um was es geht.

Wählt am 14. September Liste 1!

Wohin fließt das Geld der Arbeitslosen?

Die Arbeitslosenversicherung, aber auch die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsunterstützungen fließen nahezu ausschließlich dem Einzelhandel, dem Ernährungsgewerbe und den Hauswirten zu! Bon den Riesensummen, die so den Mittelstand in seiner Existenz stützen und vor sonst unvermeidlichen Verlusten sichern, macht man sich zumeist keine klare Vorstellung. Betrachten wir einmal die Arbeitslosenversicherung in ihrer Gesamtheit.

Arbeitslosenversicherung (in Millionen Mark):

Jahr	eigene Einnahmen	Zuschüsse
1913	—	—
1924	222,4	180,9
1925	165,0	202,7
1926	523,6	863,3
1927	690,7	463,3
1928	823,7	496,6
1929	1588,4	1042,1
1924—1929	3963,8	3248,9

Im Zeitraum von sechs Jahren hat die Arbeitslosenversicherung also rund 7,2 Milliarden Mark (abzüglich der Verwaltungskosten) an die Arbeitslosen ausgezahlt.

Wohin sind diese 7,2 Milliarden Mark geflossen?

Menschen in dieser Gegend, die sich den Fabrikherren und seiner fabrikmäßigen Massenproduktion nicht beugen, nicht unterwerfen, sei es, daß sie wirtschaftlich etwas besser gestellt sind als ihre Arbeitsbrüder, oder auch, daß sie ein kleines Häuschen mit etwas Land besitzen. Auf diese Instrumentenbauer, die bei ihrer alten Methode bleiben und das ganze Instrument selbst herstellen, stürzen sich wie Hyänen die Aufkäufer. Einem solchen Aufkäufer war nun auch jener in Not geratene Cellobauer in die Hände gefallen, als er in den Wartesaal sein Cello zum Kauf anbot. Ich sah und hörte nun folgendes: Nachdem der Aufkäufer, der, wie ich später noch erfuhr, ein Musikalienhändler aus Dresden war, das Cello mit Kennerblick beschaut und geprüft hatte, diesen und jenen Tadel aussprach, fragte er nach dem Preis. Der Cellobauer forderte 60 M. und der Händler bot 40 M. Noch einmal prüfte der Aufkäufer das Cello. Tastend und fühlend glitten seine Hände über das Instrument. Gierig leuchteten die Augen des Händlers auf, denn er dachte wahrscheinlich schon an den hohen Profit, den er bei dem Wiederverkauf des Cellos herauszuschlagen würde. Jetzt griff der Händler nach einem Mittel, das er wohl schon oft angewandt haben mußte. Umständlich langte er nach seiner dickgefüllten Brieftasche, holte zwei zwanziger heraus und legte sie auf den Tisch. (Der Lump von einem Händler war sich der Macht des baren Geldes vollauf bewußt.)

„Na, wollen wir den Kauf abschließen?“ ermunterte er den Cellobauer aus tiefem Sinnen. „Nein!“ kam es hart von dessen Lippen. „60 M. und dabei bleibe ich!“

Die 34. Beitragswoche

läuft vom 17. bis 23. August 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Wir können das an Hand der amtlichen Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen von Arbeitern und Angestellten ziemlich deutlich erkennen:

etwa 12 Prozent = 864 Millionen Mark wurden als Miete verausgabt, flossen dem Hausbesitz zu;

etwa 7 Prozent = 5040 Millionen Mark wurden für Beförderung verausgabt, flossen dem Einzelhandel des Ernährungsgewerbes zu;

etwa 18 Prozent = 1296 Millionen Mark wurden für Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstige Ausgaben (auch Fahrgeld) usw. verausgabt.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß in den jüngst vergangenen sechs Jahren der Einzelhandel nicht unwesentlich in seiner Rentabilität von der Einführung und Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung beeinflusst worden ist. Im Warenhaus ist dadurch der Umsatz der Massenwaren mit bestimmt worden, im kleinen Einzelhandel und beim Hausbesitz sind die Verluste aus Krediten an Arbeitslose wesentlich verschwunden. Zum Dank für diese Sicherung seiner Existenz wählt mancher Mittelständler Wirtschaftspartei oder Nazis, statt die Arbeitslosenversicherung zu schützen mit der

Sozialdemokratischen Partei!

Kinderpeisungen.

Als unter dem Kriegselend Millionen deutscher Kinder aus Mangel an Nahrung zugrunde gingen, regte sich Mitleid in der Welt. Insbesondere die Quäker organisierten eine großzügige Hilfsaktion für hungernde deutsche Kinder, die 1924 endete. Nicht gedenkt hatte damals das Kinderelend in Deutschland. Die Sozialdemokraten setzten im Reichstag durch, daß 1925 aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle fünf Millionen Mark zur Kinderpeisung zur Verfügung gestellt wurden. Um diese Mittel mußte dann immer ein heftiger Kampf geführt werden, weil die bürgerlichen Parteien diese Summen streichen wollten mit der Begründung, daß es Aufgabe der Länder und Gemeinden sei, diese Mittel aufzubringen. 1927 wurde der Betrag auf 4 Mill. M. verringert, 1928 lehnte der Bürgerblock alle Reichsmittel für Kinderpeisungen ab!

1928 beantragten die Sozialdemokraten, aus den Zollmitteln, die den Landesversicherungsanstalten für Zwecke der Gesundheitsfürsorge überwiesen werden, einen angemessenen Betrag für die Kinderpeisung abzusondern. Der Antrag wurde im Reichstag angenommen, auch die Kommunisten stimmten dafür. Die Reichsregierung, der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell überwies im November 1929 entsprechend einem Antrag der Sozialdemokraten vier Millionen Mark für Kinderpeisung. Dabei wurde bestimmt, daß die Reichsmittel für die Kinderpeisung nur ein Drittel der für Kinderpeisungen überhaupt aufgewandten Beträge ausmachen dürfen. Das heißt: Länder und Gemeinden mußten zwei Drittel des Reichsbetrags hinzufügen, so daß mindestens 12 Millionen Mark auf Anregung der Sozialdemokratie für Kinderpeisung ausgegeben wurden.

Es stimmt schon, wie die Gegner schreiben, daß diese Summen nicht im Reichsetat erscheinen, aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß sie bewilligt und ausgegeben wurden.

Kinderpeisung dieser Art ist aber nur ein Nothelf, eigentlich eine Bankrotterklärung staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Eltern der Kinder sollten soviel verdienen, daß sie ihre Kinder satt machen und gesund erhalten können.

Um solchen Fortschritt müssen wir kämpfen!

Deshalb wählen denkende Frauen am 14. September sozialdemokratisch!

Nach diesem vergeblichen Bemühen, das Instrument an den Mann zu bringen, entfernte sich der Cellobauer. Ich trat nun an den Aufkäufer heran und fragte ihn, ob denn das Cello keine 60 M. Wert war.

„Es gewiß“, erwiderte der Mann, „aber man darf doch nicht einfach geben, was die Leute verlangen!“

„Wieviel Tage arbeitet wohl der Mann, um ein Cello fertigzustellen?“ forschte ich den Händler weiter aus.

„Nun, wenn der Mann mit seiner ganzen Familie tüchtig arbeitet, so kann er wohl zwei Stück in der Woche fertigbringen. Rechnet man das Material ab, das ungefähr 25 bis 35 M. für ein Cello kostet, so bleibt dem Erbauer nicht viel zum Leben übrig. Gener Cellobauer, der mir das Instrument zum Kauf anbot, hat wahrhaftig noch nicht in Not gesteckt, sonst hätte er mir das Cello für 40, schließlich auch für 35 M. gelassen!“

Nach dieser gemeinen Rede des Händlers konnte ich aber meinen Zorn nicht mehr halten und ich sagte dem Aufkäufer wegen seiner niederträchtigen Handlungsweise unverblümt die Wahrheit.

„Ach, so schlimm steht die Sache nun doch nicht“, unterbrach mich der Händler in meiner Rede. „Die Leute haben fast alle ein kleines Häuschen mit etwas Land. Und was sie so zum Leben noch brauchen, das verdienen sie sich eben durch den Bau von Musikinstrumenten. Heute gab mir der Mann das Cello nicht für 40 M., morgen oder übermorgen verkauft er es bestimmt einem anderen für 35 M., ja vielleicht auch für 30 M. Die Not, vielmehr der Mangel an barem Geld zwingt ihn dazu. Doch da kommt mein Zug. Auf Wiedersehen!“ Und bevor ich auf die geläufige Rede des Händlers etwas erwidern konnte, war er verschwunden. Doch in Gedanken wiederholte ich seine letzten Worte: Auf Wiedersehen. Ja, vielleicht treffe ich dich nochmals wieder, du Blutsauger der Arbeiter. Dann lasse ich dich aber nicht wieder so laufen und das soll ein freudiges Wiedersehen werden, wenigstens meinerseits. Ob ich dann dich einfach als Betrüger und Erpresser dem Gericht übergebe, oder ob ich selbst Gericht an dir übe, indem ich dir vor lauter Nächstenliebe einfach in das Gesicht schlage, kann ich jetzt noch nicht sagen. Aber etwas geschieht. Alban Sommer.

Diktatur in Polen.

Reßeltreiben gegen die freie Arbeiterbewegung.

Der politische Beherrscher der polnischen Republik ist der ehemalige Sozialist Jozef Pilsudski, der in seinen besseren Tagen in den „unterirdischen“ Kämpfen gegen das im Arbeiterblut wadende Zarate eine äußerst aktive Rolle spielte. Wofür er ehemals stritt, wofür er einst sein Leben in die Schanze schlug, das verdammte er heute in Grund und Boden, verleugnet er seine Verdienste um die Befreiung der Arbeiterklasse und will von einer vollberechtigten Arbeiterklasse, von einer mitbestimmenden Volksvertretung nichts wissen. Der letzteren gegenüber gebraucht er starke Ausdrücke, die er mit Vorliebe zur Verlängerung seines Rückens in Beziehung bringt und die auf seinen Geisteszustand einen untrüglichen Schluß zu ziehen gestatten. Die „allererlauchteste polnische Republik“, wie der Staat von den Nationalisten in übersteigter Ausdrucksweise genannt wird, ist dem Ergoßenen Pilsudski nichts weiter als ein Tummelplatz für seine militärischen Spielereien, die den preußischen Stommiß aus Wilhelms Zeiten in mancher Hinsicht weit in den Schatten stellen. Die „Ehre“ des polnischen Offiziers ist ein Etwas, vor dem der gewöhnliche Sterbliche in Ehrfurcht zu erschauern hat. Da ist der selbige preußische Leutnant ein Stümper dagegen. Wehe dem Zivilisten, der ein abfälliges Wortchen über „unsere herrlichen Soldaten“ verlauten läßt! Dem kann allerhand passieren, wie zahlreiche Fälle beweisen. Als besondere Heldentat erachten es die Offiziere, den Redakteur eines oppositionellen Blattes im Büro zu überfallen und mit der Reitpeitsche zu mißhandeln, denn solche „Kanaille“ sei nichts anderes als die Peitsche wert. Dafür lassen sie sich von ihresgleichen als mutige Helden und Rächer der Offiziers Ehre feiern. Die Bobhudeleien, die dem Marschall von den Nationalisten mündlich und schriftlich dargebracht werden, sind dermaßen übersteigert, daß es einem übel wird. Somit ist es kein Wunder, wenn dem Gelobhudekten der Größenwahn zu Kopfe steigt. Bei seinem Erscheinen hat gewissermaßen selbst die Erde vor Freude zu bebem.

Die regierende Partei ist die sogenannte Sanacia, d. h. die Partei der Gesundheit. Als sie vor vier Jahren ans Ruder kam, gab sie dem Volke das feierliche Versprechen, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu sanieren, zu gesunden. Aber statt dessen ist das genaue Gegenteil eingetroffen. Die Wirtschaft steht am Rande des Abgrundes. Die Produktion geht katastrophal zurück, die Not steigt ins Ungemessene. Der Fleischverbrauch, gewöhnlich ein Gradmesser der Lebenshaltung, ist um etwa 40 Prozent gesunken. Die niedrigsten Löhne werden in Polen gezahlt. Breitesten Schichten der wertaktigen Bevölkerung haben kein Geld, Kleidung und Schuhwerk zu kaufen. In den meisten Fabriken wird nur noch kurz gearbeitet. Die Zahl der Arbeitslosen — sogar in der Landwirtschaft — ist auf eine Stufe gestiegen, die wohl nicht mehr zu überspringen ist. Die Arbeitslosenunterstützung ist kurz und gering, Tausende von Ausgesteuerten haben nichts zu beissen und zu brechen. Der Sejm ist fast jeder Einflußnahme auf die Geschicke des Landes beraubt. Wenn er nicht gefügig ist, wird er einfach nach Hause geschickt. Seit Monaten schon hat er keine Sitzung abgehalten. Die demokratischen Parteien, die im Sejm die Linksmehrheit darstellen, werden verfolgt und schikaniert. Sie veranstalteten neuerdings in Krotau eine gewaltige Demonstration, die das Volk zu flammendem Protest gegen die Willkürherrschaft der Sanacia aufrief und im ganzen Lande eine kraftvolle Abwehrbewegung entfachte. Jedes Mittel war der Regierung recht, den Kongreß zu hintertreiben. Trotzdem gelang ihr die Absicht nicht. Sie rächt sich nunmehr an den einflussreichen Teilnehmern des Kongresses mit den schäbigsten Mitteln der polizeilichen Verfolgung und der gerichtlichen Schikane.

Als Ergebnis der vierjährigen Herrschaft der Sanacia ist jetzt eine allgemeine wirtschaftliche, politische und rechtliche Unsicherheit zu buchen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die von den freien Gewerkschaften großzügig ausgebaut wurden, wurde zertrümmert. Verdienstvolle Beamte der Krankenkassen wurden entlassen, und durch regierungsfreundliche Kreaturen ersetzt, die jetzt mit dem Geld der Versicherten nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Desfradanten, Lebemänner, unfähige Postenjäger machen sich in Amt und Würden breit. Nationalsozialistisches Gesindel überfällt Sozialisten, Mitglieder und Führer der freien Gewerkschaften auf offener Straße, in Versammlungen, schlägt die Opfer blutig, mordet und plündert. Dem Gesindel wird, wenn auch die Namen der Verbrecher oder die Autokennzeichen der Polizei mit-

geteilt wurden, meist kein Haar gekrümmt, dagegen passiert es oft, daß die Ueberfallenen als schuldig befunden werden. Den freien Gewerkschaften werden zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt, wogegen sich die nationalsozialistischen Organisationen jeder Freiheit und Unterstützung erfreuen. Die Gesetze sind eben nur für die Linksparteien da. Dagegen dürfen die Gesetze zum Schutze der Arbeiter lustig übertreten werden, der Unternehmer profitiert von der Gesetzesübertretung viel mehr, als er seltenerweise an Strafe etwa zu zahlen hat. Vielfach arbeiten Behörden und Unternehmer Hand in Hand im Kampf gegen die freie Arbeiterbewegung. Jede Zeitung, jedes Flugblatt wird konfisziert, wenn darin die Regierung oder sonst eine Behörde vorzüglich kritisiert wird. Die Arbeiterpresse ist fast täglich mit weißen Zensurblättern geziert, die genau so leer sind wie der Kopf des Zensors.

Es ist notwendig, hier die Anklage anzuführen, die ein sozialistischer Abgeordneter der Regierung öffentlich entgegenschleuderte:

„Der ganzen öffentlichen Meinung ist es heute klar, daß die Diktaturherrschaft nur die Saat der Zersetzung, der Korruption, der schlechten Sitten ist. Alle Gebiete des staatlichen Lebens sind verrottet, die gesamte Verwaltung ist der Fäulnis anheimgefallen. Als Herr Skladkowski die Regierung übernahm, nahm die Fäulnis innerhalb dieses Apparats immer noch mehr zu. Heute wissen wir, daß wir nicht eine Diktatur, sondern Hunderte von Diktaturen haben. Jeder Regierungspräsident, jeder Landrat, jeder Polizist ist eigentlich ein Diktator, jeder auf seine Weise. Wenn schon eine Zentralbehörde, ein Ministerium das Gesetz brechen „darf“, so fühlt sich weiterhin ein Regierungspräsident berufen, den Minister zu korrigieren, der Landrat verbessert den Regierungspräsidenten, der Polizist den Landrat. Dieses Bild der polnischen Verwaltung könnte einem Fremden vielleicht grotesk erscheinen, wenn es für uns selbst nicht so tragisch wäre.“

Besteht in Polen eine Sicherheit der Person? Das ist entschieden zu verneinen. Die Regierung der sogenannten starken Hand ist gänzlich unfähig, ist nicht imstande, den zahlreichen Ueberfällen und Gewalttaten seitens der sogenannten unbekanntenen Gesetzesübertreter zu steuern.

Es ist festzuhalten, daß die Geheimpolizei in Bandenstäben aller Art, in Provokationen und Diebstähle verwickelt ist, was unferseits schon verschiedentlich festgestellt wurde. Das von uns gelieferte Beweismaterial liegt nunmehr im Ministerium des Innern. Auf Grund dessen sind wir zu der Behauptung berechtigt, daß das Innenministerium mitsamt seinem ganzen Verwaltungsapparat auf die niedrigste Stufe gesunken und gänzlich desorganisiert und demoralisiert ist. Am schlimmsten ist es in dieser Hinsicht im Osten des Landes. Dort wird das Vereins- und Versammlungsrecht überhaupt nicht beachtet. Jeder Verein, jeder Verband, der nicht amtlich gezeugt ist, wird als staatsfeindlich betrachtet. Selbst die kleinste Konsumgenossenschaft wird als staatsfeindlich abgestempelt. Freie Gewerkschaften und sozialistische Vereine verfallen selbstverständlich von vornherein der behördlichen Feme. Selbst zur Versprechung von Lohnangelegenheiten dürfen sich die Arbeiter nicht versammeln. Gemeindevorsteher, Gemeindevorsteher werden ihres Amtes entgegen dem Gesetz enthoben, sobald sie irgendwie zu opponieren wagen. Die Polizei betrachtet sich gewissermaßen als Rollkommando des Strafollzugs. Ein Polizist hat vor Gericht mehr zu sagen als dreißig Zeugen. Politische Gefangene werden mißhandelt und gefoltert. In Wielez wurden solche Gefangene blutig geschlagen und die Treppe hinuntergeworfen. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die Gefangenen zum Geständnis dadurch gequält wurden, daß man sie auf die Fußsohlen schlug und ihnen Wasser in die Nase goß. Kein Wunder, daß dort die Bevölkerung lieber zu Sowjetrußland gehören möchte.“

Wie Brüning in Deutschland, regiert in Polen der „erlauchteste“ Marschall Pilsudski auf Grund des Diktaturparagrafen. Der Faschismus in Polen spielt noch mit verdeckten Karten und ködert das Volk noch mit patriotischen und militärischen Phrasen. Er lauert aber schon auf den Zeitpunkt, wo er zum Schlage ausholt, um die Macht an sich zu reißen. Wenn die Anzeichen nicht trügen, wird er in naher Zukunft seine Zeit als gekommen erachten. Victor Kalinowski.

beiter durch das Arbeitsamt und die stattgefundenen Verhandlungen mit der Mansfeld AG. über die Wiedereinstellung dieser Arbeiter berichtete, sagte Reddigau im Schlußwort das Ergebnis der Konferenz dahingehend zusammen, daß die Verhandlung mit der Kritik, die an ihren Maßnahmen geübt worden sei, zufrieden sein könnte. Kleine technische Fehler, die vorgekommen sein können, müssen dazu dienen, um sie in Zukunft zu vermeiden. Er freute sich über das gute Einvernehmen zwischen Funktionären und Leitung und wünschte, daß dies auch in Zukunft so bleibe.

Nach einstimmiger Annahme der folgenden Entschliessung schloß Kamerad Böttger mit anfeuernden Worten die harmonisch verlaufene Konferenz.

Entschliessung.

„Die am Sonntag, dem 10. August 1930, in Helbra tagende stark besuchte Funktionärskonferenz des Verbandes der Bergbau-Industriearbeiter Deutschlands spricht der Verbandsleitung für die Führung und den Abschluß des Wirtschaftskampfes im Mansfeld das volle Vertrauen aus. Unter den besonderen Verhältnissen ist von den Gewerkschaften herausgeholt, was nur irgendwie möglich war. Die Haltung der Kommunisten und die üble Schimpfweise ihrer Presse gegen die Führung der Gewerkschaften während des Wirtschaftskampfes wird von den Funktionären mit Verachtung zurückgewiesen. Die Funktionäre geloben, wie bisher weiter für die Stärkung des Verbandes zu wirken, um für kommende Auseinandersetzungen gerüstet zu sein.“

Geschäftsstelle Siegen.

In einer Konferenz der Geschäftsstelle Siegen sprach zunächst der Landtagsabgeordnete Fries. In treffenden Ausführungen legte der Referent den heutigen Kampf der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokraten dar. Er wies darauf hin, welche Schritte von den Behörden und dem Genossen Fries bei dem Reichsarbeitsminister Stegerwald im Interesse unseres notleidenden Siegerlandes unternommen wurden. Leider habe man das Empfinden, als wenn sich der Reichsarbeitsminister von der katastrophalen Lage des Siegerlandes nicht die richtigen Vorstellungen mache. Fries zeigte weiter, wie wir uns im kommenden Wahlkampf gegen die Reaktion von rechts und links verhalten sollen. Der Beifall der Versammlung bewies, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Dann referierte der Kamerad Laubert über die Generalversammlung in Breslau. In seinen Ausführungen ergänzte er die Beschlüsse der Generalversammlung, welche zum Teil durch unser Organ bereits bekanntgegeben sind.

Der Kamerad Viktor referierte hierauf über den Kampf um die Sozialversicherung. Nach diesen Ausführungen hätten wir alle Ursache, in diesem Kampf alle Kräfte anzuspannen, denn nie und nimmer dürfte es sein, daß wir alles stillschweigend hinnehmen, wie der Unternehmer bestrebt ist, die Leistungen der Sozialversicherung abzubauen. Hierbei zeigte er, welche traurige Rolle die Christlichen in der ganzen Zeit gespielt hätten.

Nach einer kurzen Pause setzte eine sehr lebhaft diskutierte ein, die leider infolge des umfangreichen Pensums der Konferenz frühzeitig beendet wurde. Alle Ausführungen bewegten sich im Sinne der Referenten. In seinem Schlußwort konnte dann Kamerad Viktor noch einige gestellte Fragen beantworten und forderte ebenfalls auf, jetzt bei der Wahl, um noch weitere Verschlechterungen abzuwehren, die Pflicht und Schuldigkeit zu tun.

Kamerad Husemann, der für eine Parteiveranstaltung festgelegt war, ließ es sich nicht nehmen, auch an unserer Konferenz teilzunehmen. Er schilderte die unmögliche Politik, welche in letzter Zeit von der Reaktion im Reichstag betrieben wurde, und zeigte uns, wie unsere Genossen im Reichstag arbeiten, um im Interesse des schaffenden Volkes wirksam zu sein. Sehr treffend zeigte er, weshalb die gewaltige Zerrissenheit innerhalb der Massen vorhanden ist und wie wir in der Lage sind, dieses zu beseitigen. Mit der Mahnung, am 14. September 1930 die Pflicht und Schuldigkeit zu tun und inzwischen die Indifferenten und Bekannten aufzuklären, schloß er seinen Vortrag.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die Internationale wurde die sehr anregend verlaufene Konferenz geschlossen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Sonderbares Verhalten der Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft.

Von einem Kameraden, der als Vorstandsmitglied in der Ruhrknappschaft tätig ist, wird uns geschrieben:

Zwischen der Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft und der Ruhrknappschaft bestand seit Jahren ein freundschaftliches Verhältnis. Gegenwärtig ist es etwas getrübt. Die Ursache der gestörten Freundschaft ist darauf zurückzuführen, daß die Versichertenvertreter im Vorstände der Ruhrknappschaft nur unter der Bedingung die freundschaftlichen Beziehungen der Ruhrknappschaft mit der Sektion aufrechterhalten wollten, wenn dies nicht auf Kosten der Ruhrknappschaft und somit der versicherten Bergarbeiter ginge. Solange nämlich die Vertretter die maßgebende Mitbestimmung in der Knappschaft hatten, kostete die Freundschaft der Sektion die Ruhrknappschaft eine Stange Geld.

Ein Abkommen, das die Beziehungen zwischen der Sektion 2 und der Ruhrknappschaft nach der Änderung der Unfallversicherung vom 1. Januar 1926 regelte, mußte vom Vorstand der Ruhrknappschaft aufgehoben werden, weil die Knappschaftsfrankenversicherung hierbei nicht auf ihre Rechnung kam. Die Ruhrknappschaft erklärte aber ihren Beitritt zu einem Abkommen, das zwischen den gesamten Krankenkassenverbänden und den gesamten Berufsgenossenschaften Deutschlands, die die Unfallversicherung durchzuführen haben, abgeschlossen ist. Man sollte nun meinen, daß die Sektion 2 diesem Abkommen auch beigetreten wäre. Das hat sie aber bisher noch nicht getan. Was nämlich allen Versicherungsträgern der Kranken- und Unfallversicherung in Deutschland recht ist, das ist der Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft in Bodum noch lange nicht billig. Sie behält sich gegenüber der Ruhrknappschaft ihre besondere Stellungnahme vor, und diese Stellungnahme ist darauf gerichtet, auch jetzt noch auf Kosten der Ruhrknappschaft für sich materielle Vorteile zu erlangen.

Dieses sonderbare Verhalten ging in mancher Hinsicht so weit, daß die Ruhrknappschaft eine Beschwerde an das Reichsversicherungsamt (RVA.) richten mußte, damit das RVA. die Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft anhielt, ihren gesetzlichen Verpflichtungen hinsichtlich des Erlasses der Leistungen der Krankenversicherung nachzukommen. Leider hat das RVA. die Beschwerde noch nicht erledigt. Inzwischen fährt die Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft munter fort, ihre sonderbaren Praktiken weiter auszuüben. Wie weit sie in dieser Beziehung geht, kennzeichnet so recht ein Schreiben eines Knappschaftsarztes, der bei der Ueberweisung eines Verletzten

Verbandskonferenzen.

Tagung der Mansfelder Funktionäre. Abgabe an die Kommunisten.

Am 10. August tagte in Helbra eine von 200 Funktionären und Betriebsräden besuchte Konferenz unseres Verbandes, die sich mit dem Ergebnis und den Lehren des Mansfelder Streits befaßte. Bezirksleiter Reddigau führte in seinem Referate aus, daß die Konferenz dazu dienen sollte, kritisch zu dem verflochtenen Kampfe Stellung zu nehmen, um aus eventuellen Fehlern für die Zukunft zu lernen. In großen Zügen schilderte er noch einmal die Vorgeschichte des Kampfes, um dann eingehend den Verlauf und das Ergebnis desselben darzulegen. Der Kampf ist von den Arbeitern bis zum Ende in völliger Geschlossenheit geführt worden. Die Funktionäre haben unter Einsetzung ihrer ganzen Kraft gemeinsam mit der Organisationsleitung die Maßnahmen durchgeführt, die notwendig waren. Im Hinblick auf die Bravour und den Opfermut der Arbeiter in diesem Streit war ein besseres Ergebnis zu erhoffen. Der materielle Erfolg befriedigte deshalb auch niemanden. Trotzdem lag es im Interesse der gesamten Belegschaft, daß wir nach der Annahme der bekannten Vereinbarung noch acht Wochen den Kampf abbrechen. Hätten wir das nicht getan, wäre der Kampf bis zum Weißbluten weitergegangen. Ob dann die Arbeiter besser abgehackt hätten, kann mit großer Wahrscheinlichkeit bezweifelt werden. Durch einen Streit will man dem Unternehmer Schaden am Gewinn, der Dividende usw. zufügen, um ihn dadurch zu zwingen, die Forderungen zu bewilligen. Im Mansfeld lagen aber die Dinge nach der fünften Kampfwoche so, daß wir eigentlich der Mansfeld AG. gar keinen Schaden mehr zufügen konnten. Der Kupferpreis, der beim Beginn des Streiks auf 125 M. je 100 Kilogramm stand, war auf 105 M. gefallen. Unter solchen Preisverhältnissen war es nicht möglich, ohne Hilfe die Betriebe weiterzuführen. Deshalb konnte auch Generaldirektor Stahl im Reichsarbeitsministerium in Berlin der Regierung erklären, wenn sie jetzt einen Schiedspruch mit 15 Prozent Lohnabbau fälle, ändere das an der Stilllegung der

Betriebe gar nichts. Um überhaupt die Wiederaufnahme der Betriebe zu ermöglichen, haben sich die Gewerkschaften bei den Regierungen für die Gewährung der Subventionen eingesetzt. Nur unter diesen Umständen haben wir uns bereitgefunden, in eine Lohnherabsetzung von 9 1/2 Prozent einzuwilligen. Eine weitergehende Herabsetzung der Löhne ist von uns strikte abgelehnt worden. Wenn in einem Flugblatt des Stahlhels behauptet wird, ein Gewerkschaftsvertreter hätte einer zwölfprozentigen Lohnkürzung zugestimmt und in Berlin händelnd gebeten, doch davon nichts in die Öffentlichkeit zu bringen, so ist das eine ganz gemeine Lüge. Wir haben uns während des ganzen Kampfes weder durch das blöde Geschrei der KPD. noch des Stahlhels irritieren lassen, sondern haben so gehandelt, wie wir es im Interesse der Kameraden für notwendig hielten. Welche Bedeutung dem Geschrei der KPD. und ihrer Presse beizumessen ist, hat am besten die Arbeitsaufnahme bewiesen. Nichts als Phrasendrescherei und hohles Gerede sind die Taten der KPD. gewesen. Wir müssen als Organisation und Funktionäre eine klare Scheidung zwischen uns und diesen unverantwortlichen Menschen schaffen. Aufgabe bleibe es jetzt, für einen weiteren Ausbau des Verbandes tätig zu sein, um auch in Zukunft die Belange der Arbeiter wahren zu können.

Nach dem beifällig aufgenommenen Referat von Reddigau setzte die Diskussion ein, die volle drei Stunden in Anspruch nahm. In sachlicher und ruhiger Art würdigten die Funktionäre den verflochtenen Kampf. An der Führung der Bewegung wurde wenig Kritik geübt, um so schärfer wandten sich die Redner gegen die Gedingekürzung durch die Mansfeld AG. Einmütig wiesen die Funktionäre die Kürzung der Lehrlöhne um 10 Prozent durch die Mansfeld AG. zurück. Sie verlangen, daß jetzt nach der Gewährung der Staatshilfe unbedingt diese Maßnahme zurückgenommen wird. Scharf verurteilten die Funktionäre die Handlungen der KPD. Trotz der Schmutzkübel von Lügen und Verleumdungen sei es ihnen nicht gelungen, die Front des Verbandes zu zerbrechen.

Nach längeren Ausführungen des Kameraden Woffram, der über die Unterstützungsfrage der heute noch arbeitslosen Ar-

ins Krankenhaus einen kleinen Formfehler begangen hat und den die Sektion 2 benutzte, um sich zu ent- und die Ruhrknappschafft zu belasten. Die interessante Stelle dieses Schreibens, das der Knappschafft an die Ruhrknappschafft gerichtet hat, möchten wir doch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Sie lautet: „Wenn sie (Sektion 2 — der Verfasser) aber meinen offensichtlichen Irrtum benützt, um sich einen ihr nicht zustehenden finanziellen Vorteil zu sichern, so erinnert dieses Vorgehen stark an die Gepflogenheiten, wie sie bisher nur in gewissen Handelskreisen üblich waren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es im Sinne und im Interesse unserer großen Versicherungsträger liegt, wenn die Entschlußmöglichkeit für den Arzt neben den allgemeinen Schwierigkeiten einer noch nicht durchentwickelten Befehlsgebung gehemmt wird durch die Vorstellung, daß er statt vertrauensvoller Zusammenarbeit trübselige Ausnutzung formaler Verstöße erwarten muß.“

Ein Kommentar zu dieser treffenden Umschreibung des Verhaltens der Sektion 2 erübrigt sich. Sie kennzeichnet auch ihr Verhalten gegenüber den Unfallverletzten, die sie nach Ueberlegung der Bestimmungen über die Unfallversicherung nach dem 1. Januar 1926 wohl in Krankenhäuser verwies, das Tages- und Familiengeld ihnen aber vorenthielt.

Immer wieder Schlagwetterentzündungen durch elektrische Lokomotiven.

Wiederholt haben wir auf die Gefahr der elektrischen Fahrdrahtlokomotiven im Bergbau verwiesen. Nach Ansicht der Unternehmer bilden diese überhaupt keine Gefahr. Das Oberbergamt ist zu sehr geneigt, dem Druck der Unternehmer nachzugeben. Wer aber glaubt, daß die Unternehmer bzw. ihre Vertreter beim Gebrauch der Lokomotiven auch immer die notwendige Sorgfalt walten lassen, der irrt sich. Es ist notwendig, immer wieder auf die Leichtfertigkeit der Wertsorgane hinzuweisen. Schlagwetterentzündungen durch diese Lokomotiven sind in den letzten Jahren und Monaten wiederholt und besonders im Ruhrbergbau vorgekommen. Uns liegt ein Bericht über einen solchen Fall auf der Zeche Bonifatius vor. Am 10. Mai wurden in einem Querschlag Schlagwetter durch Reiskunden der Lokomotiven entzündet und zwei Mann dabei verletzt. An der betreffenden Stelle befand sich eine Austellung in der Firste, die schlecht ausgepakt war. Auch nach dem Unglück wurden in dieser Austellungs explosive Schlagwetter vorgefunden.

Auf der Zeche Bonifatius sind Schlagwetterentzündungen durch die Fahrdrahtlokomotive schon öfters vorgekommen. Bei einer früheren Explosion gab es sogar mehrere Tote. Wir fordern von der Bergbehörde, daß sie nicht nur Fahrdrahtlokomotiven im Bergbau zuläßt, sondern auch dafür sorgt, daß die Strecken in Ordnung gehalten werden. In dem betreffenden Querschlag der Zeche Bonifatius wurden auch schon vor der letzten Explosion durch den Betriebsausschuß und die Bergbehörde Schlagwetter festgestellt. Warum hat man dort noch eine Fahrdrahtlokomotive laufen lassen?

Sachsen.

Die Sektion 7 der Knappschafft-Berufsgenossenschaft (Zwidaun).

Die den sächsischen Bergbau umfaßt, hat vor kurzem ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1929 herausgegeben. Wir teilen daraus für unsere Leser folgendes besonders Wissenswertes mit: Die Anzahl der versicherten Bergleute betrug 34 537 (im Vorjahre 32 837). In dem Berichtsjahre gelangten bei der berichtenden Sektion aus dem sächsischen Bergbau 9529 Betriebsunfälle (im Vorjahre 9389) zur Anmeldung, darunter 39 Berufskrankheitsfälle. Bei 300 Arbeitstagen entfielen somit auf den Arbeitstag 31,8 Unfälle. Auf die einzelnen Wochentage verteilen sich die angemeldeten Unfälle wie folgt: Montag 1404, Dienstag 1616, Mittwoch 1649, Donnerstag 1431, Freitag 1566, Sonnabend 1414, Sonntag 383, unbekannt 66. Von den Unfällen waren 49 tödlich, d. h. auf 1000 Versicherte 1,417, insgesamt sollen nur 716 entschädigt worden sein, d. h. 70,701 auf 1000 Versicherte. Das erscheint uns etwas unverständlich, denn die Sektion hat im Berichtsjahre 1248 Feststellungsbescheide und 277 Ablehnungsbescheide erteilt. Die überwiegend größte Anzahl dieser Bescheide wird doch wohl die im Berichtsjahre eingetretenen Unfälle betroffen und nur einen geringeren Restteil aus dem Jahre 1928 unerledigt übernommen haben. Außerdem erteilte die Sektion 433 Dauerrentenbescheide an Stelle vorläufiger und 856 Abänderungsbescheide, zusammen also 2814. Gegen diese wurde in 544 Fällen Berufung erhoben. Einschließlich der aus dem Jahre 1928 unerledigt übernommenen 103 Berufungen hatte sich das Knappschafftversicherungsamt in Freiberg im Berichtsjahre mit 647 Berufungen gegen die Sektion zu beschäftigen. Davon wurden 556 erledigt, und zwar durch rechtskräftig gewordene Vorentscheidungen 10, durch Anerkenntnis 7, durch Vergleich 104, durch Urteil zugunsten des Rentenbewerbers 39, durch Urteil zugunsten des Rentenbewerbers 273, durch Zurücknahme der Berufung oder auf andere Weise 123. Gegen die Entscheidungen des Knappschafftversicherungsamtes wurde in 30 Fällen von den Berufungslägern Rekurs beim Reichsversicherungsamt erhoben, von der Sektion in keinem Falle. Einschließlich 19 unerledigter Rekurse aus dem Jahre 1928 lagen dem Reichsversicherungsamt im ganzen 49 Rekurse vor, von denen bis zum Schlusse des Berichtsjahres 21 erledigt wurden, und zwar 7 zugunsten der Sektion, 14 auf andere Weise. Die Sektion hat insgesamt 3419 ärztliche Gutachten beizugehen und dafür 44 800,83 M. Honorar aufwenden müssen. In 8 Fällen mußten zur Feststellung der Todesursachen die Leichen geöffnet werden. Durch die Tätigkeit des Knappschafftversicherungsamtes entstanden der Sektion 28 714,90 M., durch diejenige des Reichsversicherungsamtes 210 M. Gerichtskosten. Für Rechnung der Sektion wurden 125 Verletzte an 5297 Tagen in Heilanstalten behandelt und verpflegt und dafür 45 667,48 M. aufgewendet. Am Ende des Berichtsjahres hatte die Sektion an insgesamt 6649 Personen den laufenden Jahresrentenbetrag von 3 001 763 M. zu zahlen. Unter den entschädigungsberechtigten Personen befanden sich 3920 Verletzte. Von diesen wurden entschädigt 71 mit 100 Prozent, 6 mit 90, 3 mit 85, 30 mit 80, 62 mit 75, 39 mit 70, 51 mit 66%, 15 mit 65, 102 mit 60, 13 mit 55, 198 mit 50, 16 mit 45, 177 mit 40, 73 mit 35, 151 mit 33%, 342 mit 30, 588 mit 25, 758 mit 20, 14 mit 16%, 538 mit 15, 13 mit 12%, 844 mit 10, 5 mit 7,5 und 11 mit 5 Prozent der Vollrente, was einen Gesamtjahresrentenbetrag von 1 329 212,40 M. ergibt. Am Ende des Berichtsjahres betrug auf je 1000 Versicherte die Zahl der entschädigungsberechtigten Verletzten 134,47, der Witwen 30,39, der Waisen 21,68, der Verwandten aufsteigender Linie 1,04, zusammen 187,58. Die gesamten Aufwendungen der Sektion erforderten im Berichtsjahre von den Wertsbesitzern einen Umlagebeitrag von 99,08 M. je versicherte Person. Die Sektion 7 unterhält auch drei Unfallkassenstellen. Ueber deren Tätigkeit werden wir demnächst besonders berichten.

Der Bergbauliche Verein zu Zwidaun.

Das ist die Arbeitgeberorganisation der sächsischen Steinkohlenreviere, hat vor kurzem seinen Geschäftsbericht für die Jahre 1928 und 1929 herausgegeben. Wie das so zu sein pflegt, beschäftigt sich der Verein in diesem Bericht vorwiegend mit der wirtschaftlichen Lage des sächsischen Steinkohlenbergbaues, wobei er manche sehr vortreffliche Ausführungen macht, aber auch manche, die wir vom Standpunkt der Bergarbeiter nicht unterschreiben können. Letzteres ist angesichts der natürlichen Gegenläufigkeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen nicht sonderlich verwunderlich. Wir wollen uns deshalb auch nicht mit allen Einzelheiten des Berichtes beschäftigen. Nur an einen Punkt wollen wir anhalten, nämlich den, wo der Bericht sich mit der Verwaltung der Sächsischen Knappschafft beschäftigt.

Darüber heißt es, daß sich aus der Tatsache, daß die Versicherten in den Organen der Knappschafft eine Dreifünftelmehrheit haben, allerhand Schwierigkeiten ergeben hätten. Bemerkenswert seien die Meinungsverschiedenheiten gewesen über die Bestellung des Vertrauensmannes der Versicherten aus Arbeiterkreisen zum stellvertretenden Knappschafftsdirektor. Diese Bestellung sei unter Umgehung der Vorschrift des § 175 Abs. 2 Ziffer 3 des ReichsKnappschafftsgesetzes, welcher für die Bestellung von leitenden Beamten der Knappschafftsverwaltung getrennte Abstimmung von Arbeitgebern und Versicherten vorsehe, gegen die Stimmen der Arbeitgeber vorgenommen worden. Auf die Beschwerde der Arbeitgeber habe in letzter Instanz der Reichsarbeitsminister zugunsten der Versichertenmehrheit entschieden, obwohl ein von ihm vor seiner Entscheidung eingeholtes Gutachten des Reichsversicherungsamtes die gegenteilige Verfügung hätte erwarten lassen. In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ sei dieses Verfahren des Herrn Reichsarbeitsministers entsprechend gekennzeichnet worden. Nichts tue mehr Not, als eine Entpolitisierung unseres gesamten sozialen Versicherungswesens. — Wir wollen uns gleich mit dem letzten Satze dieses Schmerzensschreies beschäftigen. Allemal, wenn eine Person aus den Reihen der Versicherten in eine leitende Stelle der Sozialversicherung gewählt wird, schreien die Arbeitgeber über Politisierung dieser Versicherung, sofern der Gewählte aus der freien Gewerkschaftsbewegung hervorgeht und außerdem auch der Sozialdemokratischen Partei angehört. Würde aber der Gewählte ein gelber Wertevorteiler, ein Stahlhelmsmann, ein Nazi oder sonstiger Hakenkreuzcoulourenmann sein, dann wäre sicher alles in Butter. Also die Arbeitgeber meinen, von der sozialdemokratischen Politik müsse die Sozialversicherung „entpolitisiert“ werden. Wenn die Herren vom Bergbaulichen Verein die Sozialversicherung entpolitisieren wollen, so haben wir nichts dagegen, wenn sie da bei sich anfangen. Wenn sie z. B. auf einen ihrer Herren Kollegen in der Richtung erzieherisch einwirken würden, daß er in den Sitzungen des Bezirksvorstandes der Sächsischen Knappschafft nicht mehr in herausfordernder Pose sein Stahlhelmsabzeichen, dieses Nachkriegsheimatshinterfrontapferckens- und politische Boshheitsblech, auf seiner Brust trägt. In solch herausfordernder politischer Boshheitspose betätigt man sich nicht in einem Organ der Sozialversicherung, wenn man die letztere entpolitisieren will. Die Versichertenvertreter im Vorstande der Sächsischen Knappschafft haben über diese politische Kinderlaune dieses Herrn aus politischer Toleranz bisher nur still gelächelt. Da aber die Herren vom Bergbaulichen Verein in den Augen der Versichertenvertreter einen Splitter glauben entdeckt zu haben, wollten wir nicht verfehlen, sie auf diesem Wege auf einen Balken im eigenen Auge aufmerksam zu machen. Im übrigen fragen wir die Herren vom Bergbaulichen Verein: Wo und wann und wie haben sich der Vertrauensmann der Versicherten oder die Versichertenvertreter im Bezirksvorstande der Sächsischen Knappschafft bei Ausübung ihres Amtes parteipolitisch betätigt? Für die Bestellung des Vertrauensmannes der Versicherten zum Stellvertreter des Knappschafftsdirektors waren den Versichertenvertretern im Bezirksvorstande der Sächsischen Knappschafft zwei Gründe maßgebend. In erster Linie die pflichtmäßige Rücksichtnahme auf die Finanzen der Sächsischen Knappschafft. Als am 31. Dezember 1927 der frühere Knappschafftsdirektor in den Ruhestand trat, hatte die Sächsische Knappschafft rund 30 000 Mitglieder. Bei diesem Mitgliederstande erschien es den Versichertenvertretern als unverantwortlich, mehr als zwei leitende Beamte in der Hauptverwaltung zu haben. Sie wählten deshalb den bisherigen Stellvertreter zum ersten Knappschafftsdirektor und den Vertrauensmann der Versicherten zu dessen Stellvertreter. Die Herren Arbeitgebervertreter stimmten dagegen und erhoben Beschwerde beim Reichsarbeitsminister. Dieser fand aber in dem Votum der Versichertenvertreter keine Ungerechtfertigkeit. Der zweite Beweggrund für die Versichertenvertreter war, die den Versicherten in der Knappschafft zukommende Bedeutung zum Ausdruck zu bringen. Die Knappschafft ist eine Versicherung der Bergleute und diese sollen darin durch ihre Vertreter nicht wie früher nur Objekte, sondern selbstverantwortlich mitbestimmende Subjekte sein (letztere im besten Sinne des Wortes). Die Herren des Bergbaulichen Vereines haben diesen Beweggrund der Versichertenvertreter sehr wohl erkannt. Daß sie aber entschiedene Gegner desselben sind und die Bergleute nach wie vor in willkürlicher Botmäßigkeit und Vormundschaft halten wollen, beweist ihr oben zitiertes Mißfallensvotum in ihrem Geschäftsbericht. Das ist aber auch Politik. Jedoch, meine verehrten Herren, „nichts tut mehr not, als eine Entpolitisierung unseres gesamten sozialen Versicherungswesens“ von solcher Art Vormundschaftspolitik des Bergbaulichen Vereines.

Der Reifall eines Denunzianten.

Gar zu oft werden anonyme Schriften verfaßt und selten gelangt es, einmal so einen Schmierfinken zu entlarven. Tief bedauerlich ist es aber, wenn sich auch solche Denunzianten finden, die ihre Kollegen, die nur auf das farge Renteneinkommen angewiesen sind, bei den in Betracht kommenden Behörden anzeigen, weil der eine oder andere sich hin und wieder ein paar Pfennige verdient. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn die Behörden auch nachforschen, wer der Held solcher Schreiben ist und ihm dann die gebührende Antwort geben und obendrein noch dafür sorgen, daß dem in Frage kommenden Kreis der Name des Anonymus bekanntgegeben wird, wie das im vorliegenden Falle seitens der Knappschafft geschehen ist.

Zur Kennzeichnung des Schreibers lassen wir den Schriftwechsel in der Abschrift wörtlich folgen. Das Schreiben des Denunzianten hatte folgenden Wortlaut: „Delsnig i. E., den 6. 5. 1930. Geehrter Herr Dr. Herrmann! Wän Sie hir nicht Einschreiben gegen die 3 Reichsinvaliden Emil Schuster, Herrenstraße, Emil Großer, Herrenstraße, Friedrich König, Obere Hauptstraße. Die Treiben es schon Jahre lang Sie arbeiten im Restaurant Schuster wen die Sache nicht unterjucht wird, wenden uns nach Berlin. Mit Glück auf Walter Böhm.“

Die Antwort der Sächsischen Knappschafft lautet:

„Freiberg, den 20. Mai 1930. Herrn Emil Heinrich in Delsnig i. E., Herrenstr. 46. Unterm 6. Mai 1930 teilten Sie uns durch Postkarte mit, daß die Invaliden Emil Schuster, Emil Großer und Friedrich König, sämtlich in Delsnig, in dem Restaurant Schuster arbeiten und Sie ein Einschreiben von uns gegen die Genannten verlangen, andernfalls Sie sich nach Berlin wenden wollen. Wir müssen annehmen, daß Sie von uns verlangen, den drei Genannten die Invalidenrente zu entziehen, weil sie angeblich Lohnarbeit verrichten. Zunächst ist es uns unverständlich, daß Sie Ihre Postkarte mit dem falschen Namen Walter Böhm unterzeichnet haben, statt mit Ihrem eigenen. Wenn Sie überzeugt waren, daß Sie sich für eine gute Sache einsetzen, brauchten Sie dies doch nicht unter falschem Namen zu tun.

Bezüglich der drei genannten Invaliden bemerken wir folgendes:

- 1. Herr Schuster ist reichlich 61½ Jahre alt und hat 340 Monate, also 28 Jahre und 4 Monate im Bergbau gearbeitet.
- 2. Herr Großer ist 60 Jahre alt und hat 453 Monate, also 37 Jahre und 9 Monate im Bergbau gearbeitet.
- 3. Herr König ist 62¼ Jahre alt und hat 520 Monate, also 43 Jahre und 4 Monate im Bergbau gearbeitet.

Die drei Herren sind zwar 10 bis 12 Jahre jünger als Sie, aber dagegen hat z. B. Herr Großer ebenso lange und Herr König rund sechs Jahre länger als Sie im Bergbau gearbeitet. Unter diesen Umständen möchte jeder wohlgefinnte Mensch den drei Herren die Invalidenunterstützung von Herzen gönnen, auch wenn sie arbeiten, um nicht vor Langeweile zugrunde zu gehen. Bäume werden sie in diesem Alter sicher nicht mehr aus der Erde reißen. Solchen alten Leuten mit so langer bergmännischer Arbeitszeit die Invalidenunterstützung zu mißgönnen ist sehr häßlich und steht besonders Ihnen um so weniger gut an, als Sie selbst doch schon in Ihrem 55. Lebensjahre erstmalig Invalidenrente erhalten haben, und Ihnen diese stets zu niedrig war, so daß Sie sich dieserhalb einmal beschwerdeführend an den Reichspräsidenten gewendet haben. Was würden Sie dazu gesagt haben, wenn Sie damals, als Sie noch bedeutend jünger waren als heute die Herren Schuster, Großer und König, wegen gelegentlicher Verrichtung leichter Arbeiten bei uns benunziert worden wären? Es ist unter Umständen sehr verdienstvoll, Rentenempfänger in jüngerem Lebensalter anzuzeigen, wenn diese die Rente zu Unrecht beziehen, aber 60jährige und ältere Rentenempfänger, die irgendeine Arbeit mehr zum Zeitvertreib als des Gewinnes wegen ausführen, möge man unbehelligt lassen.

Dagegen wäre es aber z. B. verständlich gewesen, wenn Sie uns über einen gewissen jüngeren Mann, der zu Ihnen in sehr engen Beziehungen steht und trotz seiner Jugend schon seit längerer Zeit wegen eines angeblichen hochgradigen Nervenleidens einen Renten- und Krankengeldkampf führt, wobei er sich einmal sogar einiger Stuhlbeine als Kampfmittel bediente, mitgeteilt hätten, daß er trotz seines angeblichen Nervenleidens zusammen mit seinen Freunden in seiner Wohnung nächtlicherweile bis in die Morgenstunden seinen Flaschenbier-, Branntwein- und Zigarrenhandel betreiben kann.

Den Herren Schuster, Großer und König haben wir je eine Abschrift dieses Schreibens sowie Ihrer Postkarte zugesandt. Auf diese Weise glauben wir am wirksamsten den vielen bei uns eingehenden häßlichen Denunziationen gegen Invaliden vorbeugen zu können. Sächsische Knappschafft. Die Verwaltung. Langhorst.“

Der vorstehend Unterzeichnete ist der frühere Bezirksleiter unseres Verbandes in Zwidaun und jetzige Vertrauensmann der Versicherten bei der Sächsischen Knappschafft, zugleich Stellvertreter des Knappschafftsdirektors. An ihn sandte der obengenannte Emil Heinrich folgende Antwort: „Herrn Langhorst an der Sächs. Knappschafft, Freiberg i. Sa.

Da mir des Letzteren schon zu Ohren gekommen ist, ich hätte die Invaliden König, Großer und Schuster, bei der Sächs. Knappschafft denunziert, frage ich hiermit bei Ihnen an wie Sie eine derart schwere Beschuldigung gegen mich in der Öffentlichkeit breit schlagen können. Wenn Sie diese Aussage nicht widerrufen sehe ich mich veranlaßt diese Angelegenheit gerichtlich entscheiden zu lassen. Delsnig i. E., den 23. 5. 1930. Hochachtung Emil Heinrich, Herrenstr. 46.“

Hierauf gab die Sächsische Knappschafft nachstehende Antwort: „Freiberg (Sa.), den 24. Mai 1930. Herrn Emil Heinrich in Delsnig i. E., Herrenstraße 46.

Als wir die Postkarte erhielten, durch welche die Invaliden Schuster, Großer und König denunziert wurden, haben wir uns erst in Delsnig erkundigt, wer der Walter Böhm sei und wo er wohne.

Darauf ist uns mitgeteilt worden, der Name sei fingiert, der wirkliche Verfasser seien Sie. Wir haben daraufhin die Handschrift mit Ihren früheren Zuschriften in Ihrer eigenen Sache verglichen und völlige Uebereinstimmung der Handschriften festgestellt. Mit diesen Handschriften stimmt Ihre Unterschrift unter Ihrem gestrigen Briefe ebenfalls völlig überein. Wenn Sie diese Uebereinstimmung auch noch gerichtlich nachprüfen wollen, so kann uns das nur angenehm sein. Es wird gewiß erzieherisch wirken, wenn einmal in öffentlicher Gerichtsverhandlung die unheimlich vielen häßlichen Denunziationen gegen alle Invaliden gebührend gekennzeichnet werden. Sächsische Knappschafft. Die Verwaltung. Langhorst.“

Die angedrohte gerichtliche Verfolgung hat Heinrich nicht veranlaßt.

Ein Verleumder am Branger.

Wie leichtfertig und ohne jede Ueberlegung Verleumdungen ausgestreut werden und anderen die Ehre abge schnitten wird, zeigt wieder einmal folgender Vorgang:

Am 6. August wurde uns auf dem Büro von Kameraden gemeldet, daß am 5. August bei einer Auseinandersetzung in der Grube ein Hakenkreuzler erklärte: „Euer Verbandsvorsitzender Hufe mann hat bei dem Bergarbeiterstreik in England 5000 M. verhurt.“

Wir haben daraufhin den Betreffenden sofort brieflich aufgefordert, uns innerhalb drei Tagen mitzuteilen, ob er diese Behauptung aufrechterhält oder den Beweis der Wahrheit dafür antreten will. Schon zwei Tage später traf folgender Brief ein: „An Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Luga u.

Zu dem Schreiben vom 6. August will ich das Schreiben beantworten, daß ich eine Aeußerung gemacht habe, die ich in verschiedenen Belegschaftsversammlungen in verschiedener Form gehört habe im Rheinland. Ich halte die Aeußerung nicht aufrecht, ich nicht glauben möchte, daß ein Verbandsvorsitzender sich zu so einer Sache hinreißen läte. Da ich die Aeußerung gemacht

